

Raketenabwehr als angemessene technologische Antwort auf das politische Proliferationsproblem?

Kubbig, Bernd W.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kubbig, B. W. (1992). *Raketenabwehr als angemessene technologische Antwort auf das politische Proliferationsproblem?* (HSFK-Report, 9/1992). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-85113-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG

Bernd W. Kubbig

**Raketenabwehr als angemessene
technologische Antwort auf das
politische Proliferationsproblem?**

HSFK-Report 9/1992

BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

Archiv

**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

Bernd W. Kubbig

**Raketenabwehr als angemessene
technologische Antwort auf das
politische Proliferationsproblem?**

HSFK-Report 9/1992
Oktober 1992

DEUTSCHE BIBLIOTHEK
DIPLOMATIE-UND
POLITIKWISSENSCHAFT
VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT
UND SYSTEMLEHRE

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Leimenrode 29

D-6000 Frankfurt/Main 1

Tel. 069 / 9200540

Fax. 069 / 558481

ISBN 3-928965-15-8

DM 12,00

Zusammenfassung

In den Vereinigten Staaten haben die Diskussionen über GPALS, das einen globalen Schutz gegen begrenzte Raketenangriffe (Global Protection Against Limited Strikes) verspricht, Hochkonjunktur. Die US-Administration ist dabei, die Raketenabwehr mit GPALS auf neue Bahnen zu lenken. Es ist das erklärte Ziel der US-Regierung, ABM-Systeme (Anti-Ballistic Missiles, Raketenabwehr) so bald wie möglich *aufzustellen*. Langfristig plant die Regierung Bush, ein *landesweites* Schutzsystem aufzubauen. Der SDIO (Strategic Defense Initiative Organization) zufolge, die für das Management dieses gesamten Militärssektors zuständig ist, erwägt die Administration fünf bis sechs Stellungen auf dem Kontinent, einschließlich Alaska, eine weitere ist für Hawaii vorgesehen. Der Konflikt mit dem rüstungskontrollpolitisch zentralen ABM-Vertrag von 1972 (Anti-Ballistic Missile Treaty) ist damit vorprogrammiert.

Die Befürworter der Raketenabwehr übertragen die antagonistische Situation des Ost-West-Konflikts auf das Nord-Süd-Verhältnis. Aus dem einst gefährlichen Osten wird nun der bedrohliche Süden. An die Stelle der früher für unberechenbar gehaltenen kommunistischen Führungen treten jetzt unverantwortliche Drittwelt-Diktatoren. Die Plädoyers für GPALS unterscheiden in der Regel nicht zwischen den militärischen Fähigkeiten eines Drittweltstaates einerseits und seinen politischen Absichten sowie seinen vielfältigen Rüstungsmotivationen andererseits. Kennzeichnend für die US-Diskussion ist eine unangemessene "Amerikazentrik".

GPALS-Befürworter in den Vereinigten Staaten suggerieren zudem vielfach, daß die USA bereits jetzt oder kurz- und mittelfristig (d.h. mindestens innerhalb der nächsten 10 Jahre) durch Raketenprogramme in unterentwickelten Ländern bedroht seien. Drittweltstaaten haben derzeit lediglich Kurz- und Mittelstreckenwaffen aufgestellt, die die Vereinigten Staaten nicht erreichen können. Von den Ländern mit Ambitionen im Nuklearbereich und bei den Trägersystemen sind für die USA, Europa und die GUS langfristig und hypothetisch nur der Iran, Nordkorea, Libyen und der (unkontrollierte) Irak ein Problem. Sie haben aus heutiger Sicht nicht nur militärisch-technische Ambitionen, sondern sind den USA, Europa und der GUS "nicht freundlich" gesinnt.

Zu den unhaltbaren Prämissen, von denen Befürworter der Raketenabwehr ausgehen, gehört der Automatismus der Proliferation. Pessimistische Prognosen der sechziger und siebziger Jahre haben sich aus heutiger Sicht als übertrieben herausgestellt. Ein solcher Automatismus wird gegenwärtig zum Beispiel durch positive Gegenentwicklungen der letzten Jahre in Brasilien, Argentinien und Südafrika widerlegt. Die Befürworter von GPALS haben nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die globale Abwehr als politisch attraktives, kollektives Sicherheitssystem der zivilisierten Völkergemeinschaft gegen problematische Länder gepriesen. Ein solcher legitimer Schutz in Gestalt von GPALS kann von den politisch hochsensiblen Drittweltländern leicht als Bollwerk des Nordens (USA, Europa, Rußland, Japan) gegenüber dem Süden verstanden werden. Ein derartiges Sicherheitssystem läßt sich zudem nur dann glaubwürdig in ein militärisches Konzept wie GPALS umsetzen, wenn eine ausreichend große Anzahl von (potentiellen) politischen Gegnern vorhanden ist, die dazu noch über ein beträchtliches militärisches Bedrohungspotential verfügen. Hier geraten die Befür-

worter einer Raketenabwehr in Beweisnot. Denn es bleiben auf absehbare Zeit nur Diktatoren vom Schlage Saddam Husseins übrig.

GPALS ist die falsche, unausgereifte technologische Antwort auf das vornehmlich (sicherheits)politische Proliferationsproblem. Es verkennt die Verbreitungsfrage im Kern, beruht auf fragwürdigen Annahmen, ändert nichts an den Motiven von Schwellenstaaten mit nuklearem Ehrgeiz, kommt zu spät, führt wahrscheinlich zu einer neuen Aufrüstungsdynamik zwischen Nord und Süd und verschlingt Ressourcen, die besser für export- und abrüstungspolitische Alternativen (und deren Verbesserung) ausgegeben werden sollten. Denn sie vermögen zeitlich schnell und konzeptionell direkt zu greifen.

Auch wenn dieses "Defensiv"konzept vornehmlich - und politisch äußerst erfolgreich - mit der Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und ballistischen Raketen begründet wird: Die Renaissance der Raketenabwehr in den Vereinigten Staaten hat vielfältige Ursachen. Sie ist innergesellschaftlich und binnenwirtschaftlich/industriepolitisch begründet, sie hat eine unverkennbare allianzpolitische Dimension, und schließlich - und vor allem - ist, wie erwähnt, der Schwung bei der Raketenabwehr nicht ohne die weltpolitische Rolle der USA als einsame Supermacht zu verstehen. Bei GPALS geht es nicht in erster Linie um "defense", sondern um Dominanz, und zwar sowohl gegenüber den Verbündeten als auch gegenüber der GUS und dem Süden. Im Kern bezeichnet dieses Militärprogramm den Versuch, die Globalpolitik der USA in einer einschneidenden Epoche der internationalen Staatenwelt auf eine neue sicherheitspolitische Geschäftsgrundlage zu stellen, und zwar auf der Basis von "Defensiv"technologien, bei denen die USA (wie seinerzeit nach 1945 bei den nuklearen Offensivwaffen) unbestritten führend sind.

In der Legislative haben sich die unterschiedlichen SDI-Gruppierungen zu Beginn der neunziger Jahre im Kontext von GPALS kaum verändert. Neu ist jedoch der sich in den Vordergrund schiebende Nord-Süd-Kontext. Er überlagert zum Teil wegen der Proliferationsgefahr als neuer sicherheitspolitischer Dimension den Ost-West-Zusammenhang. Dieser bleibt wegen der unklaren Verhältnisse in den GUS-Staaten jedoch weiterhin wichtig. Der unter den Gruppierungen im Kongreß ausgehandelte Kompromiß hat im Missile Defense Act of 1991 seinen gesetzlichen Ausdruck gefunden. Danach wird zunächst ein mit dem Raketenabwehr-Vertrag zu vereinbarendes ABM-System um Grand Forks im Bundesstaat North Dakota gebaut. Der Zeithorizont: 1996 oder wann immer es technologisch verfügbar ist. Gleichzeitig soll die Bush-Administration den ABM-Vertrag in Verhandlungen mit Rußland so abändern, daß die Stationierung von weiteren Abwehrsystemen möglich wird. Die Debatten um die Raketenabwehr gingen im Kongreß 1992 unvermindert weiter. Der Vermittlungsausschuß hat vorerst die "GPALS-freundlichen" Bestimmungen des Missile Defense Act of 1991 aufgehoben. Anders als im letzten Jahr konnte sich damit die Mehrheit des Repräsentantenhaus durchsetzen und die Einhaltung des ABM-Vertrages festschreiben. Hierfür war wichtig, daß die russische Regierung auf offizieller Ebene vorerst keine Bereitschaft zeigte, das Abkommen abzuändern.

Die Diskussionen über "Defensiv"waffen und -konzepte sowie über das ABM-Abkommen sind zwischen Moskau und Washington in Bewegung geraten. Jahrelang waren die Positionen festgefahren, beide Seiten standen sich mit unversöhnlichen Forderungen gegenüber. Auf der politisch-praktischen Ebene hat die SDI-Organisation neuerdings Interesse bekun-

det, eine breite Palette der russischen Raketenabwehrtechnologien aufzukaufen. Auf russischer Seite regte Präsident Jelzin Ende Januar 1992 überraschend an, gemeinsam mit den USA ein globales Verteidigungssystem gegen Atomwaffen anstelle von SDI auszuarbeiten. In der US-Politik nimmt Rußland eine ambivalente Stellung ein. Einerseits begründet Washington GPALS mit der Notwendigkeit, irrtümlich oder unbefugt abgefeuerte Raketen aus vormals sowjetischem Gebiet abwehren zu können. Andererseits ist Moskau völkerrechtlich und politisch Verhandlungspartner der Bush-Administration, wenn es darum geht, bisherige russische Bedenken zum ABM-Vertrag so aufzuweichen, daß die Raketenabwehr aus den Fesseln des Abkommens befreit und den GPALS-Gegnern in den USA der Boden entzogen wird.

Washington hat bisher kein ernsthaftes und konkretes Interesse gezeigt, ein "bilaterales Regime" (SDIO-Direktor Cooper) aufzubauen, um Massenvernichtungsmittel vor allem von Drittweltstaaten abzuwehren. Das hat das Gipfeltreffen zwischen Jelzin und Bush im Juni 1992 erneut bestätigt. Eine Reihe von politischen und militärischen Gründen spricht dagegen, daß es auf absehbare Zeit zu einem bi- oder gar multilateralen "Defensiv"konzept kommt. Auf US-Seite ist die Neigung zu politischer Symmetrie und militärischer Parität gerade nach dem "gewonnenen" Ost-West-Konflikt zweifelhaft. Jelzins Vorschlag vom Januar 1992 zeigt, daß es den Befürwortern einer offeneren Haltung auch gegenüber den Raketenabwehrplänen der Bush-Administration erstmals gelungen ist, sich bei der politischen Führung der Russischen Föderation Gehör zu verschaffen. Im folgende sollen die gegensätzlichen Reaktionen skizziert werden, die Jelzins Januar-Offerte in der russischen ABM-Debatte ausgelöst hat.

Als Kritiker des Jelzin-Angebots an die USA haben sich Georgij Arbatow und sein Sohn Aleksej profiliert (der erste ist langjähriger Direktor des Instituts für das Studium der USA und Kanadas, der zweite ist Leiter des Zentrums für Abrüstung und strategische Stabilität der Vereinigung für Außenpolitik). Beide machen die traditionellen, primär rüstungskontroll- und stabilitätspolitischen Einwände gegen Jelzins Initiative geltend, an deren Zustandekommen sie im Vorfeld nicht beteiligt waren. Auch ihre wirtschaftlichen (zu hohe Kosten) und technologischen Argumente (nicht machbar bzw. nicht wirksam) haben sich, ähnlich wie bei den GPALS-Kritikern in den USA, seit dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht geändert.

Neben dieser harten Kritik gab es auch Zustimmung zu Jelzins Vorschlag - so etwa von Andreij Kokoschin und Evgenij Velichov. In ihrem Plädoyer für eine Raketenabwehr spiegeln sich viele Facetten der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Lage Rußlands wider. Wie für die Gegner von einst ist es für Moskau notwendig, seine Rüstung und seinen Militärapparat an neue Rahmenbedingungen anzupassen und neu zu legitimieren. Aber anders als seine Gegner von einst hat das ökonomisch stark geschwächte Rußland den Ost-West-Konflikt rundum verloren. Moskau bleibt auf wirtschaftliche Hilfe angewiesen, und es muß Rüstung und Militär erstmals vor demokratisch gewählten Institutionen und der eigenen Bevölkerung legitimieren. Darüber hinaus ist es unabdingbar, daß Rußland eine eigene Sicherheits- und Militärpolitik entwickelt, und zwar nicht nur gegenüber dem Westen, sondern auch im Verhältnis zu den anderen GUS-Republiken. Vor diesem Hintergrund argumentieren Kokoschin und Velichov im Gegensatz zu den Arbatows

praktisch nicht rüstungskontroll- und stabilitätspolitisch. Tragend sind in ihrem Plädoyer für eine gemeinsame Raketenabwehr vielmehr kooperations-, (vor)macht-, technologie- und industriepolitische Argumente.

Der Gipfel zwischen Bush und Jelzin im Juni 1992 machte deutlich, wie weit voneinander entfernt beide Seiten in der ABM-Frage noch sind. Die GPALS-Befürworter hatten sich vorgenommen, die russische Führung dazu zu bewegen, ihren bisherigen Widerstand gegen beträchtliche Veränderungen des ABM-Vertrages aufzugeben. Nach dem Gipfel zeigten sie sich enttäuscht. Seit September 1991 soll die Administration versucht haben, der russischen Regierung dadurch Zugeständnisse abzurufen, daß sie ihr Echtzeit-Informationen im Bereich der Frühwarnung gegen herannahende Raketen anbot. Es erscheint zweifelhaft, daß die bilaterale (auf beiden Seiten hochkarätig zusammengesetzte) Arbeitsgruppe 1992 in dieser für die Regierung Bush so entscheidenden Frage wirklich erfolgreicher sein wird als die amerikanische Exekutive auf dem Gipfel.

Die amerikanischen Verbündeten sind in das US-Raketenabwehrsystem konzeptionell auf zweifache Weise eingebunden: Einerseits über den Anspruch von GPALS, auch die Alliierten in diesem Projekt globaler Reichweite durch die weltraumgestützten Systeme zu schützen, andererseits durch die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und des Golfkrieges neu betonte Komponente der regionalen Abwehr. Obwohl der Anspruch auf weltweiten Schutz auf absehbare Zeit nicht zu verwirklichen sein wird, war es dieser Aspekt, der Bush dazu bewog, Bonn, Paris und London zu einer Beteiligung an GPALS aufzufordern. Die französische Regierung erteilte Washington bereits offiziell eine Absage. Die Bundesregierung in Bonn steht der Einladung Bushs ebenfalls ablehnend gegenüber. Im Vergleich mit Bonn und Paris scheint London der GPALS-Frage mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die auf das Verteidigungsministerium konzentrierte Debatte ist im Fluß, und sie hat kaum Konturen.

Deutschland und die anderen europäischen Staaten sind gut beraten, sich einer Beteiligung an GPALS zu versagen. Sie ersparen sich damit eine Neuauflage der vielfältigen negativen Erfahrungen, die sie in der Ära Reagan im Rahmen der Teilnahme an SDI gemacht haben. Wie erwähnt, ist und bleibt GPALS auf absehbare Zeit nicht nur ein unausgereiftes technologisches Projekt. Es ist auch die falsche Antwort auf das Proliferationsproblem. Die Teilnahme an diesem Programm ist kostenintensiv. Die hierfür notwendigen Gelder sollten für rüstungskontroll-, wirtschafts- und exportpolitische Maßnahmen sowie für Entwicklungshilfe ausgegeben werden. Eine Beteiligung an GPALS könnte zudem ein falsches Signal an Staaten mit nuklearen Ambitionen senden, also deren Absichten beflügeln. Dies gilt auch im Hinblick auf die entscheidende Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages im Jahre 1995. Eine Aufwertung von Nuklearpotentialen wäre ein Synonym für eine neue Rüstungsdynamik zwischen Offensiv- und "Defensiv"systemen. Deshalb bleibt der ABM-Vertrag unter den neuen internationalen Rahmenbedingungen weiterhin von zentraler Bedeutung. Er sollte verbessert und präzisiert werden.

Inhalt

	Seite
1. Tendenzen: "Defensiv"konzepte im Aufwind	1
2. GPALS: Das Konzept	3
3. Raketenabwehr: Pro und Contra	6
3.1. Déjà vu - die alten Perzeptionsmuster und die neue Bedrohung	6
3.2. Undifferenzierte Wahrnehmung der militärischen Gefahren	7
3.3. Politisch pauschale Einschätzung der Bedrohung	8
3.4. Fragwürdige Annahmen	9
3.5. Überflüssiger Schutz	10
3.6. Die übertriebene abschreckungspolitische Bedeutung von GPALS	11
3.7. Abrüstung und Rüstungsverzicht durch Raketenabwehr?	13
4. Die GPALS-Diskussion in den USA	16
4.1. Innergesellschaftliche Rahmenbedingungen	16
4.2. Die Debatte im US-Kongreß	17
5. Neue, gemischte Signale aus Moskau	22
6. Kalte Schulter und nationale Eigenständigkeit: Die Reaktionen der Europäer und der Israelis auf GPALS	28
7. Schlußfolgerungen	31
Schaubilder und Tabelle	32

1. Tendenzen: "Defensiv"konzepte im Aufwind

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Proliferation zu einem wichtigen Rechtfertigungsgrund für die Entwicklung des Raketenabwehrbereichs geworden. Ist ein militärischer Schutz die angemessene technologische Antwort auf die gleichzeitige Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie von ballistischen Trägersystemen? Diese Frage wird in den betreffenden Staaten in unterschiedlichen Zusammenhängen erörtert und beantwortet. Dabei kommt zum einen die jeweilige Mischung der politischen, technologischen und wirtschaftlichen Interessen ins Spiel, zum anderen die gesamte Bandbreite von rüstungskontroll- und exportpolitischen Strategien.(1)

In den Vereinigten Staaten haben die Diskussionen über GPALS, das einen globalen Schutz gegen begrenzte Raketenangriffe (Global Protection Against Limited Strikes) verspricht, Hochkonjunktur. GPALS als Fortentwicklung und Neuorientierung von SDI (Strategic Defense Initiative/Strategische Verteidigungsinitiative), das mit dem Namen Ronald Reagans verknüpft ist, wird mehr und mehr zum sicherheitspolitischen Signum von Präsident Bush. Schon jetzt läßt sich sagen, daß dieses Militärprogramm in den USA der technologische und haushaltspolitische Sieger nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist. \$ 5,4 Mrd. forderte die Administration Bush für das Budgetjahr 1993, von denen der Kongreß die beträchtliche Summe von \$ 3,8 Mrd. bewilligte. GPALS profitiert insbesondere von der sicherheitspolitischen Unübersichtlichkeit in Staaten der südlichen Halbkugel. Dabei sind es gerade die USA, die kurz- oder mittelfristig gar nicht in der Reichweite von Waffen aus Entwicklungsländern liegen.

Für Rußland hat Präsident Jelzin Ende Januar 1992 ein neues Zeichen gesetzt, als er vorschlug, eine Raketenabwehr gemeinsam mit den USA zu entwickeln. Ballistische Trägersysteme aus Ländern der südlichen Hemisphäre könnten schon heute Republiken der GUS erreichen (im übrigen auch die Südflanke Europas). Es spricht jedoch vieles dafür, daß die russische Führung mit der Januar-Initiative in erster Linie ein kooperationspolitisches Signal an den Westen geben wollte. Für die drei wichtigsten europäischen Verbündeten - Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik - ist insofern eine neue Situation eingetreten, als Präsident Bush sie offiziell aufforderte, sich an GPALS zu beteiligen.

Die folgenden Abschnitte umreißen das Raketenabwehrkonzept der USA, untersuchen die Argumente der GPALS-Befürworter und, getrennt hiervon, die politische Diskussion in den wichtigsten Ländern (was hier und da zu unvermeidbaren Überschneidungen führt). Die Sachdiskussion wird zeigen, wie weit hergeholt die Argumente zugunsten von GPALS oft sind. Dennoch müssen sie, wie bereits die SDI-Debatte der achtziger Jahre deutlich gemacht hat, politisch ernst genommen werden, da sie "politikmächtig" sind. Auf ein "Argument",

1 Dieses Kapitel beruht auf der systematischen Auswertung der Fachliteratur für den angegebenen Zeitraum, vor allem auf: Aviation Week & Space Technology, Military Space und SDI Monitor. Zur Vorgeschichte von GPALS siehe die entsprechenden Aufsätze in: Bernd W. Kubbig (Hg.), Die militärische Eroberung des Weltraums, Frankfurt a. M. 1990. Zur Terminologie: Bei GPALS handelt es sich nur um ein vermeintliches Defensivkonzept, da die "Defensiv"waffen jederzeit auch offensiv eingesetzt werden können.

das die Hilflosigkeit, aber auch die Dreistigkeit mancher GPALS-Befürworter zeigt, soll jedoch nicht eingegangen werden: daß man eine umfassende Raketenabwehr gegen einen möglichen Einschlag von Asteroiden benötige.

2. GPALS: Das Konzept

Die sicherheits- und militärpolitische Zielvorgabe der Bush-Administration für die Raketenabwehr hat sich gegenüber der Zeit des Ost-West-Konflikts in ihr Gegenteil verkehrt. SDI sollte mit einem massiven Anflug sowjetischer Nuklearwaffen in der Größenordnung von einigen tausend Sprengköpfen fertig werden. GPALS hingegen wird seit Anfang 1991 konzeptionell auf die Zerstörung einzelner ballistischer Waffen, im Höchstfall 200, ausgerichtet. Die Annahme ist, daß sie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion oder auf Befehl eines unberechenbaren Drittwelt-Diktators irrtümlich oder bewußt abgeschossen werden können. In erster Linie soll GPALS das amerikanische Territorium und die US-Truppen weltweit schützen, in zweiter Linie die Verbündeten der Vereinigten Staaten. Damit ist nicht nur der globalen Dimension von GPALS Genüge getan. Dieses Raketenabwehrsystem soll vielmehr auch auf der taktischen Ebene in die gesamte Militärstrategie eingefügt werden. Nach dem Ende des Ost-West-Antagonismus konzentriert sie sich auf regionale Krisen und Konflikte, bei deren militärischer Bewältigung die USA den Anspruch auf Führung stellen.(2)

Die US-Administration ist dabei, die Raketenabwehr mit GPALS auf neue Bahnen zu lenken. Es ist das erklärte Ziel der US-Regierung, ABM-Systeme (Anti-Ballistic Missiles, Raketenabwehr) so bald wie möglich *aufzustellen*. Langfristig plant die Regierung Bush, ein *landesweites* Schutzsystem aufzubauen. Der SDIO (Strategic Defense Initiative Organization) zufolge, die für das Management dieses gesamten Militärssektors zuständig ist, erwägt die Administration fünf bis sechs Stellungen auf dem Kontinent, einschließlich Alaska, eine weitere ist für Hawaii vorgesehen. Der Konflikt mit dem rüstungskontrollpolitisch zentralen ABM-Vertrag von 1972 (Anti-Ballistic Missile Treaty) ist damit vorprogrammiert. Denn sein Hauptziel ist es gerade, daß er die Stationierung von ABM-Systemen zur landesweiten Verteidigung untersagt, ja sogar verbietet, die Grundlage dafür zu schaffen (Art. I). Aber auch alle anderen zentralen Bestimmungen des Abkommens würden durch die Raketenabwehrpläne der Administration verletzt. GPALS und ABM-Vertrag beruhen auf nicht miteinander zu vereinbarenden sicherheitspolitischen Annahmen und Zielsetzungen. Daher drängt Washington darauf, das Abkommen entsprechend zu ändern.

Derzeitigen Plänen zufolge soll GPALS aus folgenden Elementen bestehen (siehe Schaubild 1):

1. *Abwehr von taktischen Raketen (Anti-Tactical Missiles, ATBMs)*: Dieser Bereich soll im Haushaltsjahr 1993 gegenüber dem Vorjahr (von \$ 858 Mio. auf \$ 935 Mio.) ansteigen. Bei der starken Aufwertung des ATBM-Sektors versuchte die Regierung Bush, Kapital

2 Siehe hierzu die repräsentativen Statements von Beamten der Administration Bush, in: 102/1 U.S. Congress, House of Representatives, Committee on Government Operations, Subcommittee on Legislation and National Security, Strategic Defense Initiative: What are the Costs, what are the Threats?, Hearings, 16. Mai und 1. Oktober 1991, Washington, D.C., 1992, passim; U.S. Policy Information and Texts (USPIT), Nr. 83, 7. Juli 1992, S. 23 ff. Siehe vor allem: U.S. Department of Defense, Strategic Defense Initiative Organization, 1992 Report to Congress on the Strategic Defense Initiative, Washington, D.C., Juli 1992.

aus den scheinbaren Abwehrerfolgen der Patriot-Rakete im Golfkrieg zu schlagen. Sie stellen sich jedoch mehr und mehr als Irrtum heraus. Inzwischen hat selbst die US-Armee einräumen müssen, daß von den 159 abgefeuerten Raketen nur 10 als erfolgreich eingeschätzt werden können. Die der US-Armee zugewiesenen ATBMs sind zumindest unter den Teilstreitkräften attraktiv geblieben. Dies wird daran deutlich, daß die US-Luftwaffe an den militärischen Missionen der anti-taktischen Raketenabwehr beteiligt werden möchte. Sollte sich daraus eine beständige Rivalität entwickeln, so dürfte sie, falls die Rüstungsdynamik während des Ost-West-Konflikts ein Modell ist, die Chancen für den Fortbestand dieses Programms erhöhen.

Im Etatjahr 1993 soll zum einen die Patriot "verbessert" werden. Sie kann die anfliegenden ballistischen Flugkörper jedoch nur in einem Radius von höchstens 32 km treffen. Deshalb sehen die Pläne der Regierung Bush vor, in den nächsten Jahren zusätzlich die derzeit entwickelten anti-taktischen Waffen vom Typ ERINT (Extended Range Interceptor) und THAAD (Tactical High-Altitude Air Defense) zu dislozieren. Die THAAD soll innerhalb der zweifach gestaffelten anti-taktischen Abwehrschicht eine Reichweite von mindestens 160 km haben. Speziell für die Patriot sieht die vom Kongreß verabschiedete Defense Authorization Bill für das Haushaltsjahr 1993 \$ 62,5 Mio. vor.

2. *Landgestützte Abwehr von Raketen strategischer Reichweite:* Hierfür sind 750 Abfangflugkörper in den bereits erwähnten sechs bis sieben Stellungen vorgesehen. Gegenwärtig und auf absehbare Zeit liegt der Schwerpunkt darauf, diese landgestützten Systeme möglichst früh aufzustellen. Im Haushaltsjahr 1993 sollen hierfür \$ 2,039 Mrd. zur Verfügung stehen. Entsprechend finanziell vernachlässigt werden die nur langfristig einsetzbaren exotischen Technologien wie Laser- und Teilchenstrahlwaffen.

Erst seit kurzem bevorzugt die Regierung Bush die Entwicklung eines landgestützten Abfangflugkörpers (Ground-Based Interceptor, GBI), für das der Raketenprototyp ERIS (Exoatmospheric Re-entry Vehicle Intercept System) vorgesehen ist. Er soll ankommende Sprengköpfe außerhalb der Atmosphäre, also in etwa 100 km Höhe, abfangen und damit die Möglichkeit verringern, daß die herabfallenden Materialien Schaden auf der Erde anrichten. Am 13. März 1992 war ein Test fehlgeschlagen, da die ERIS den Sprengkopf, den sie zerstören sollte, verfehlte. Zum GBI-Konzept gehört auch ein Sensor (Ground-Based Surveillance and Tracking System, GSTS), der, auf einer Rakete angebracht, in den Weltraum geschossen werden kann, um die herannahenden Gefechtsköpfe zu orten und zu verfolgen.

3. *Weltraumgestützte Raketen ("Brilliant Pebbles", "Intelligente Kieselsteine"):* Diese relativ kleinen High-Tech-Abfangwaffen, von denen die Bush-Administration derzeit 1.000 Stück plant, sollen dem GPALS-Konzept erst seine globale Reichweite geben. Die Brilliant Pebbles haben die Aufgabe, die feindlichen Raketen abzufangen und zu zerstören, bevor die Mehrfachsprengköpfe und Attrappen ausgestoßen werden (und deshalb nicht nur ein Ziel, sondern mehrere zu bekämpfende Ziele abgeben). Für den Weltraum

sind mindestens 50 Sensoren ("Brilliant Eyes", "Intelligente Augen") vorgesehen. Hierfür hat der Kongreß für das Etatjahr 1993 \$ 300 Mio. bewilligt.⁽³⁾

Im entscheidenden Punkt nehmen die GPALS-Befürworter in Kauf, daß die für eine Abwehr verfügbaren Waffen technologisch nicht so weit fortgeschritten sind, wie es die exotischen Systeme vielleicht in ferner Zukunft wären. Denn daß das Perfekte der Feind des Guten ist, beklagten sie schon in den achtziger Jahren. Von Anfang an hatten die "Frühstationierer" Reagans langfristig orientiertes, aus ihrer Sicht unverbindliches Forschungs- und Entwicklungsprogramm bekämpft. Ihre Motivation: Es lief einer möglichst baldigen Aufstellung von technologisch unausgereiften ABM-Systemen zuwider.

3 Die vom Kongreß Anfang Oktober 1992 im Rahmen der Defense Appropriations Bill bewilligten ("appropriated") Zuweisungen für einzelne GPALS-Programme konnten für diesen Report nicht mehr berücksichtigt werden. Die Ausnahme stellen die für Brilliant Pebbles assignierten \$ 300 Mio. dar. Die im Text genannten Zahlenwerte sind der von der Legislative am 2. Oktober verabschiedeten Defense Authorization Bill entnommen. Siehe Congressional Quarterly Weekly Report, 3. und 10. Oktober 1992, S. 3064 bzw. S. 3190. Siehe auch SDI Monitor, 9. Oktober 1992, S. 1 .

3. Raketenabwehr: Pro und Contra

3.1. Déjà vu - die alten Perzeptionsmuster und die neue Bedrohung

Die Befürworter der Raketenabwehr übertragen die antagonistische Situation des Ost-West-Konflikts auf das Nord-Süd-Verhältnis.⁽⁴⁾ Aus dem einst gefährlichen Osten wird nun der bedrohliche Süden. An die Stelle der früher für unberechenbar gehaltenen kommunistischen Führungen treten jetzt unverantwortliche Drittwelt-Diktatoren. Das Element der Überraschung (neues "Fenster der Verwundbarkeit") findet sich in ihren Stellungnahmen genauso wieder wie die besonders pessimistische ("worst case") Einschätzung der Lage, gegen die es sich mit ABM-Systemen ausreichend zu wappnen gilt. Die Raketenabwehrbefürworter verweisen auf den Irak als Beispiel für die Schwierigkeit, "überraschende Innovationen"⁽⁵⁾ im Waffenbereich rechtzeitig erkennen und militärisch angemessen beantworten zu können (in der Vergangenheit bezog sich diese Furcht ausschließlich auf die Rüstungsprogramme der jeweils anderen Supermacht).

Die Plädoyers für GPALS unterscheiden in der Regel nicht zwischen den militärischen Fähigkeiten eines Drittweltstaates einerseits und seinen politischen Absichten sowie seinen vielfältigen Rüstungsmotivationen andererseits. Kennzeichnend für die US-Diskussion ist eine unangemessene "Amerikazentrik". Ein vergleichbares Phänomen ist allenfalls unter den russischen Befürwortern einer Raketenabwehr zu finden. Es fällt im übrigen auf, daß die GPALS-Befürworter einen großen Unterschied zwischen der früheren UdSSR und der Dritten Welt nicht erwähnen: die vormalige Sowjetunion rüstete aus eigenen Kräften heraus, während die unterentwickelten Länder mit beträchtlicher Hilfe des Westens und der UdSSR aufgerüstet werden. Die Gefahren, gegen die GPALS schützen soll, sind in einem beträchtlichen Ausmaß selbst produziert.

Die Merkmale der gegenwärtigen Debatte erscheinen über den allgemeinen Ost-West-Kontext hinaus in mehrfacher Hinsicht wie eine Wiederholung der US-Diskussionen um eine Raketenabwehr in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Damals wurde erstmals umfassend das Für und Wider eines ABM-Systems als Antwort auf die Bedrohung durch chinesische Raketen diskutiert. Ohne den "Fall China" überstrapazieren zu wollen, soll deshalb im Folgenden bei den verschiedenen Facetten der gegenwärtigen Diskussion auf die historische Dimension Bezug genommen werden, um die Unterschiede und Parallelen hervorzuheben.

4 Repräsentative Statements von GPALS-Befürwortern inner- und außerhalb der Bush-Administration finden sich in: U.S. Congress (Anm. 2), passim. Die folgende Pro- und Contra-Argumentation ist bewußt pointiert gehalten. Das schließt nicht aus, daß es in den Reihen der Befürworter und Gegner dieses Konzepts ein gewisses Meinungsspektrum gibt, das vor allem Abschnitt 4.2. dokumentiert. Der Diskussionsstrang, der den Zerfall der Sowjetunion mit GPALS verknüpft, bleibt hier ausgeklammert. Denn in dieser Dimension der Debatte geht es nicht um den Proliferationsaspekt als direkte Bedrohung für "den" Westen. Siehe hierzu Anm. 18.

5 Zitat in: U.S. Congress (Anm. 2), S. 169.

3.2. Undifferenzierte Wahrnehmung der militärischen Gefahren

GPALS-Befürworter in den Vereinigten Staaten suggerieren vielfach, daß die USA bereits jetzt oder kurz- und mittelfristig (d.h. mindestens innerhalb der nächsten 10 Jahre) durch Raketenprogramme in unterentwickelten Ländern bedroht seien. Das aber ist nicht der Fall, es sei denn, man stellt für die Zukunft - kaum glaubwürdige - Szenarios auf. Das am meisten zitierte geht davon aus, daß die Nordkoreaner Kurzstreckensysteme an Kuba liefern. Drittweltstaaten haben derzeit lediglich Kurz- und Mittelstreckenwaffen aufgestellt, die die *Vereinigten Staaten* nicht erreichen können (siehe Schaubild 2 und Tabelle 1). Die Zielgenauigkeit der Trägersysteme ist außerdem sehr gering. Selbst die dreistufige Rakete des Irak mit der größten Reichweite (al-Abid) von etwa 2.000 km, die 1989 mit nur einer Stufe getestet wurde, hätte keine Gefahr für die rund 9.000 km entfernten USA bedeutet. Die in Japan derzeit für die zivile Weltraumfahrt entwickelten Trägersysteme könnten die USA in Zukunft (theoretisch) erreichen, die (Weltraum)systeme Brasiliens wären in der Lage, bis zur Südspitze Floridas zu gelangen. Sie müßten dann jeweils entsprechend umgebaut werden. In den nächsten 10 Jahren könnten (theoretisch) israelische und indische Raketen amerikanisches Festland treffen. Israel und Indien unterhalten Weltraumprogramme, im übrigen ist Argentinien an ähnlichen Projekten interessiert.(6)

Der südliche Teil Europas liegt in der Reichweite von libyschen, ägyptischen und saudi-arabischen Raketen, nur letztere könnten gegenwärtig z. B. bis Paris gelangen. Der Kernbereich Rußlands (etwa Moskau) kann derzeit ebenfalls nur von saudi-arabischen Trägersystemen getroffen werden. Diese Situation könnte sich dann ändern, wenn die japanischen und israelischen Programme voranschreiten. Die südlichen und östlichen Grenzregionen der *GUS* befinden sich jetzt schon innerhalb der Reichweite entwickelter oder gar aufgestellter iranischer, indischer, pakistanischer, afghanischer, nordkoreanischer, israelischer und syrischer Kurzstreckenraketen.

Überzogene Bedrohungsanalysen sind nicht nur ein Strukturelement amerikanischer Rüstungsplanung bei den Offensivwaffen, sondern auch bei den Raketenabwehrsystemen. Die erste Debatte in den USA um einen Schutz gegen chinesische Raketen veranschaulicht dies.(7) Beijing hatte 1964 seinen ersten atomaren Sprengsatz und 1966 eine Wasserstoff-

6 Differenzierte Bedrohungsanalysen und Hinweise auf die Fragwürdigkeit von GPALS als angemessene Antwort auf die Proliferation finden sich in: Steven A. Hildreth/Amy F. Woolf, *Ballistic Missile Defense Deployment Options*, Washington, D.C., 1991 (Report des Congressional Research Service); John Pike u. a., *Chicken Little and Darth Vader: Is the Sky Really Falling?*, Washington, D.C., 1991 (Veröffentlichung der Federation of American Scientists); Matthias Dembinski, *Ballistic Missile Proliferation and the New World Order: A Critical Survey of the Literature*, Cambridge/Mass. 1992 (Center for Science & International Affairs, Harvard University); David C. Wright, *Missing the Target: SDI in the 1990s*, Cambridge/Mass. 1992 (Union of Concerned Scientists).

7 Zu China siehe: B. Bruce-Briggs, *The Shield of Faith. The Chronicle of Strategic Defense from Zeppelins to Star Wars*, New York u.a. 1988, S. 239ff.; Allen S. Whiting, *The Chinese Nuclear Threat*, in: Abram Chayes/Jerome B. Wiesner (Hg.), *ABM. An Evaluation of the Decision to Deploy an Antiballistic Missile System*, New York u. a. 1969, S. 169f. Siehe auch Pike u.a. (Anm. 6), sowie Jürgen Osterhammel, *China und die Weltgesellschaft. Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit*, München 1989, bes. S. 363.

bombe gezündet. Die chinesische Führung war auch dabei, Interkontinentalraketen (Intercontinental Ballistic Missiles, ICBMs) zu entwickeln und zu testen. Diese Aktivitäten lösten bei konservativen gesellschaftlichen Gruppierungen und bei Teilen der politischen Elite Panik aus. Sie steigerte den Druck auf die Johnson-Administration und insbesondere auf den damaligen Verteidigungsminister McNamara, 1967 die Aufstellung des Raketenabwehrsystems Sentinel zu beschließen. McNamara war im übrigen gegen diese Option. Seine Entscheidung für eine ABM-Stellung empfand er als peinlich. Denn er wußte um die Fragwürdigkeit der in seinem Auftrag vom Pentagon konstruierte Bedrohung.

Viele der damaligen Bedrohungsanalysen stellten sich bald als überzogen heraus. McNamara hatte 1967 davon gesprochen, die erste chinesische ICBM könne 1973 einsatzbereit sein, wahrscheinlicher sei aber 1975. Entschiedene Befürworter einer Raketenabwehr sahen schon für das Jahr 1970 eine einsatzfähige ICBM voraus. 1969 gingen sie davon aus, daß "Rotchina" bis 1975 18 und bis zum Ende der siebziger Jahre 40 Trägersysteme disloziert haben könnte. Tatsache ist jedoch, daß Beijing die erste Rakete mit einer Reichweite von 7.000 km (CSS-3/DF-4), die Pentagon-Beamte als eine ICBM begrenzter Reichweite einstufte, im Jahre 1976 zu erproben begann. Die derzeitigen rund 10 "wirklichen" ICBMs vom Typ CSS-4/DF-5 wurden erst 1980 getestet.

3.3. Politisch pauschale Einschätzung der Bedrohung

Bei den meisten der erwähnten Länder, deren ballistische Flugkörper (zukünftig) verschiedene Länder des Nordens oder Ostens erreichen können, handelt es sich um befreundete Nationen. Wer käme auf die Idee, etwa Israel zu verdächtigen, die USA, einen mitteleuropäischen Staat oder Rußland zu attackieren (das als Rechtsnachfolger der UdSSR seit kurzem sogar diplomatische Beziehungen zu Tel Aviv unterhält). Wie absurd die Gleichsetzung von politischen Absichten und militärischen Fähigkeiten ist, zeigt das Verhältnis der drei Nuklearmächte USA, Großbritannien und Frankreich. Keine würde, obwohl sie könnte, die anderen angreifen. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts läßt sich das gleiche auch für Rußland sagen.

China ist gegenwärtig das einzige Land, das ballistische Flugkörper mit globaler Reichweite besitzt und dessen ideologisches, politisches und wirtschaftliches System sich grundlegend von dem der anderen vier Atommächte unterscheidet. Aber China ist genau der Staat, dessen Nuklearpotential nur kurze Zeit als Rechtfertigung für ein US-Raketenabwehrsystem taugte (siehe unten). Selbst die Kombination von militärischer Fähigkeit und politisch-ideologischer Gegnerschaft blieb also für die amerikanische Militärplanung im ABM-Bereich folgenlos.

Politisch undifferenziert sind die GPALS-Befürworter auch dann, wenn sie die komplexen Interessen der Schwellenländer mit nuklearen Ambitionen auf die Bedrohung der USA reduzieren - so, als bauten Drittweltstaaten ihre Raketen nur, um die Vereinigten Staaten gefährden oder gar vernichten zu wollen. Diese eindimensionale Sicht verkennt wichtige Aspekte des Proliferationsproblems. Sie ignoriert, daß die Rüstung jener Länder (wie die der USA selbst) durch eine Vielzahl innergesellschaftlicher und regionaler Faktoren be-

stimmt wird. Die GPALS-Befürworter berücksichtigen vielfach außerdem den konkreten sicherheitspolitischen Kontext der jeweiligen Region nicht. Wie erwähnt (siehe Kapitel I), spielen alle diese Faktoren eine Rolle sowohl bei den de facto-Kernwaffenstaaten Indien, Israel und Pakistan als auch bei den nuklearen Schwellenländer Iran, Irak (vor dem letzten Golfkrieg) und Nordkorea.

Der historische "Fall China" ist auch in dieser Hinsicht aufschlußreich. Amerikanische China-Experten betonten in der damaligen ABM-Diskussion, daß die Entscheidung Beijings, nuklear aufzurüsten, mit zurückzuführen sei auf endogene Faktoren und auf die geschichtlichen Erfahrungen des "Reiches der Mitte" nicht nur mit den USA, sondern auch mit der Sowjetunion. Dies unterstreicht die reaktive Komponente der chinesischen Interessen und Wahrnehmungen von Sicherheit und Bedrohung, die die damaligen ABM-Befürworter kaum im Blick hatten. China war für mehr als ein Jahrhundert das Invasionsobjekt europäischer und asiatischer Mächte. Die Chinesen nennen diese Phase westlicher Kanonenboot-Diplomatie die Periode "Ungleicher Verträge und Ausländischen Imperialismus".(8) In jüngerer Zeit, nach dem Ende des Koreakrieges (1953), bauten die USA ihre nukleare Präsenz im Pazifik auf. 1958 griffen sie in die Quemoy-Krise ein. Ob militärische Dominanz der Vereinigten Staaten oder politisch-ideologische Vorherrschaft der Sowjetunion - der Aufbau eines Nuklearwaffenpotentials mit Trägersystemen globaler Reichweite schien aus Beijings Sicht der einzige politisch-psychologische Gleichmacher zu sein, der zudem die Möglichkeit bot, die anderen beiden Atommächte "abzuwehren".

Zusammengefaßt: Von den Ländern mit Ambitionen im Nuklearbereich und bei den Trägersystemen sind für die USA, Europa und die GUS langfristig und hypothetisch nur der Iran, Nordkorea, Libyen und der (unkontrollierte) Irak ein Problem. Sie haben aus heutiger Sicht nicht nur militärisch-technische Ambitionen, sondern sind den USA, Europa und der GUS "nicht freundlich" gesinnt.

3.4. Fragwürdige Annahmen

Zu den unhaltbaren Prämissen, von denen Befürworter der Raketenabwehr ausgehen, gehört der Automatismus der Proliferation. Pessimistische Prognosen der sechziger und siebziger Jahre haben sich aus heutiger Sicht als übertrieben herausgestellt. Das derzeitige, vielzitierte CIA-Szenario mutet wie ein Echo der damaligen Kassandrarufer an. Danach dürften bis zum Jahr 2000 an die 25 Staaten Massenvernichtungsmittel (A-, B- und C-Waffen) sowie Trägersysteme besitzen.(9) Neun Länder könnten sich (nahezu) ein Kernwaffenpotential aufbauen. Zumindest bis jetzt läßt sich glücklicherweise feststellen, daß weder die oft befürchtete lineare Weiterverbreitung noch die dynamische Proliferation eingetreten ist - also die Tatsache, daß die nukleare Aufrüstung eines Landes eine Kettenreaktion in einer Reihe anderer Staaten auslöst.

8 Whiting (Anm. 7), S. 170.

9 Siehe hierzu: USPIT, Nr. 45, 3. April 1989, S. 3ff.

Ein Automatismus der Proliferation wird auch durch positive Gegenentwicklungen der letzten Jahre in Brasilien, Argentinien und Südafrika widerlegt. Bei aller Besorgnis um die Weiterverbreitung ist eine alarmistische Sicht nicht angebracht. Denn sie ignoriert die erforderliche enorme wirtschaftlich-technische Infrastruktur und die vielfältigen technischen Probleme, die mit dem Bau von Nuklearsprengköpfen und Trägersystemen verbunden sind. Das gilt insbesondere für den Fall, daß ein Land über seine Kurzstreckensysteme hinaus Raketen mittlerer und längerer Reichweite bauen will. Dieses Vorhaben erfordert einen qualitativen Sprung an technischem Aufwand und Können sowie an finanziellen Investitionen, und es erfordert Zeit. Um vom Test einer Kurzstreckenwaffe zur Erprobung einer Interkontinentalrakete zu gelangen, benötigten die USA fast ein Jahrzehnt, die UdSSR brauchte mehr als zehn Jahre, in Frankreich sowie Großbritannien dauerte diese Entwicklung länger, in China sogar nahezu zwei Dekaden. Selbst Länder wie Indien und Brasilien, die über eine recht ausgeprägte Luftfahrtindustrie verfügen, müßten ihre Langstreckenwaffen wahrscheinlich über den Zeitraum eines Jahrzehnts testen, bis sie als verlässlich gelten können. Da sich im übrigen derartige Versuche nicht geheimhalten lassen, ist die Furcht vor "bösen Überraschungen" kaum begründet.

3.5. Überflüssiger Schutz

Die Befürworter von GPALS haben nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die globale Abwehr als politisch attraktives, kollektives Sicherheitssystem der zivilisierten Völkergemeinschaft gegen problematische Länder gepriesen. Ein solcher legitimer Schutz in Gestalt von GPALS kann von den politisch hochsensiblen Drittweltländern leicht als Bollwerk des Nordens (USA, Europa, Rußland, Japan) gegenüber dem Süden verstanden werden. Ein derartiges Sicherheitssystem läßt sich zudem nur dann glaubwürdig in ein militärisches Konzept wie GPALS umsetzen, wenn eine ausreichend große Anzahl von (potentiellen) politischen Gegnern vorhanden ist, die dazu noch über ein beträchtliches militärisches Bedrohungspotential verfügen. Hier geraten die Befürworter einer Raketenabwehr in Beweisnot. Denn es bleiben auf absehbare Zeit nur Diktatoren vom Schlage Saddam Husseins übrig.

Die Frage, die sich im Hinblick auf derartige militärisch potenten und politisch fragwürdigen Tyrannen stellt, lautet: Ließen sie sich mit den gegenwärtig vorhandenen nuklearen Vernichtungsmitteln ausreichend abschrecken, so daß es der Abwehr und des Schutzes durch Konzepte wie GPALS nicht bedarf? Gewinnen lassen sich gewisse Indizien für eine Antwort, die natürlich letztlich nur hypothetisch sein kann, aus der Aufstellung eines amerikanischen ABM-Systems gegen die "chinesische Gefahr". Am Ende der sechziger Jahre war das Mao-Regime für Teile der politischen US-Elite unkalkulierbar und aggressiv. Im Inneren fand seit Mitte der sechziger Jahre eine politisch unübersichtliche und brutal durchgeführte "Kulturrevolution" statt. Dies nährte bei Teilen der politisch-strategischen US-Elite den Verdacht, der (atom)kriegslüsterne Mao könne bereit sein, bei einem Schlag gegen die Vereinigten Staaten mehrere hundert Millionen Chinesen als Opfer hinzunehmen. Der Führung unter Mao wurde also sowohl kalkuliertes als auch unverantwortlich-irrationales Handeln unterstellt.

Der "Fall China" liefert jedoch das beste Argument gegen alle Varianten von GPALS. Denn der Bau der ABM-Stellung um den Luftwaffenstützpunkt Grand Forks wurde 1967 mit dem Hinweis auf die "chinesische Gefahr" beschlossen. Diese Begründung wurde aber von der Nixon-Administration bald fallengelassen. An ihre Stelle trat die "sowjetische Gefahr". Die ABM-Frage wurde fortan Verhandlungsgegenstand zwischen den beiden Supermächten. Die im Oktober 1975 leicht modifiziert in Betrieb genommene ABM-Stellung wurde im Februar 1976 bereits wieder abgerissen (\$ 6 Mrd. hatte das damalige System gekostet). Seitdem ist die amerikanische Politik ohne eine Raketenabwehr selbst gegenüber der Sowjetunion ausgekommen, ja, die Anlage wurde demontiert, weil sie gegen eine große Anzahl von Sprengköpfen aus der UdSSR nichts ausgerichtet hätte. Im Hinblick auf das "Reich der Mitte" gibt es einen gravierenden Unterschied zwischen der damaligen und der heutigen Situation. Anders als einige gegenwärtige und absehbare Problemstaaten war China nicht nur ein erklärter Gegner der USA (und der UdSSR). Beijing hatte 1967 auch bereits nukleare Sprengköpfe und mehrere Raketentypen längerer Reichweite getestet.

Abgesehen von den abrüstungs- und exportpolitischen Alternativen spricht gegen GPALS, daß vor allem die Weltraumwaffen die aufgestellten Kurzstreckensysteme gerade nicht abwehren können. Hierzu bedürfte es dann der regional dislozierten ATBMs, deren Abfangquote jedoch bisher nicht zufriedenstellend ist, wie der Einsatz der Patriot-Rakete im letzten Golfkrieg unter Beweis gestellt hat. Begibt man sich auf die Ebene der denkbaren Bedrohungen, dann würde GPALS auch gegen terroristische Versuche von Staaten, Gruppen oder einzelnen Personen nichts ausrichten können - etwa, wenn sie Erpressungsversuche unternähmen. So könnten sie mit dem Einsatz einer verhältnismäßig leicht einzuschmuggelnden Atombombe ganze Städte bedrohen. Derartige "Horror-Szenarios" gibt es im übrigen seit Jahrzehnten. Wirklichkeit geworden sind sie glücklicherweise bisher jedoch noch nicht.(10)

3.6. Die übertriebene abschreckungspolitische Bedeutung von GPALS

Die differenzierteren Befürworter einer globalen Raketenabwehr plädieren für dieses Rüstungsprogramm nicht primär, weil sie das amerikanische Territorium direkt gefährdet sehen. Vielmehr argumentieren sie interventionspolitisch. Aus ihrer Sicht könnten neue Kernwaffenstaaten die außenpolitischen Interessen der USA und ihrer Verbündeten (un)mittelbar bedrohen. Diese allgemeine Diagnose ist keinesfalls von der Hand zu weisen. Aber ihre inhaltliche Konkretisierung bedarf genauso der Prüfung wie GPALS als Therapie. Konsens dürfte darüber bestehen, daß eine weitere Proliferation deshalb verhindert werden muß, weil die USA, Rußland und Europa in einen regionalen, möglicherweise mit Atomwaffen ausgetragenen Konflikt "wider Willen" hineingezogen werden könnten.

Die Möglichkeit, daß sich eine solche kriegerische Auseinandersetzung nicht beschränken läßt, sondern auf andere Regionen übergreift, ist allerdings nicht die Hauptsorge der

10 Zu den damaligen Prognosen siehe: Bernd W. Kubbig, Energie und Sicherheit für Westeuropa, in: aus politik und zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", Nr. 5, 4. Februar 1978, S. 21f.

GPALS-Befürworter. Sie befürchten in erster Linie, daß die Proliferation die politischen Optionen der USA einschränken könnte, auf Aggressionen einzelner Staaten unter Umständen militärisch zu reagieren und in regionale Krisen einzugreifen. Dies würde die Sicherheit amerikanischer Verbündeter unterminieren, die Stabilität regionaler Gleichgewichte in Frage stellen und die Glaubwürdigkeit der USA als Sicherheitspartner in Mitleidenschaft ziehen. Mit der gefährdeten "power projection" werde die weltpolitische Ordnungsrolle der Vereinigten Staaten unglaubwürdig - und das in einer Zeit, in der die USA sich vielerorts zurückzögen und ihre globalen Aufgaben aus großer Entfernung wahrnehmen müßten.

Das vertraute Argumentationsmuster der politischen Selbstabschreckung aus der Zeit des Ost-West-Konflikts im allgemeinen und der China/ABM-Debatte im besonderen wenden die Befürworter einer Raketenabwehr auch hier an. Wiederholt verweisen sie auf die Kuba-Krise als warnendes Beispiel dafür, daß die USA 1962 nicht die Überlegenheit besaßen, die es ihnen erlaubte, die sowjetischen Raketenstellungen auf Kuba mit "chirurgischen" Schlägen⁽¹¹⁾ vorbeugend ("präemptiv") zu vernichten. Statt dessen hätten sich die Vereinigten Staaten mit der UdSSR auf risikoreiche Verhandlungen einlassen müssen.

Der Verweis auf die Kuba-Krise ist irreführend, denn auf absehbare Zeit wird keiner der gegenwärtigen Problemstaaten auch nur annähernd über ein gleichwertiges Arsenal wie die UdSSR 1962 verfügen. Aufschlußreicher ist in diesem Zusammenhang das Beispiel des damals weitaus schwächeren China. Denn einer der Gründe für ein ABM-System lautete in den USA, daß Beijing die US-Interessen in Asien beeinträchtigen könnte. Für den Fall, daß China einen amerikanischen Verbündeten in jener Region bedrohe, unter Druck setze oder gar überfalle, sei das nukleare Potential der USA ohne ein ABM-System unglaubwürdig. Denn die Führung unter Mao könne einen Gegenschlag gegen amerikanische Städte androhen und die USA somit erpressen und ihre militärische Handlungsfreiheit paralisieren. Bekanntlich und zum Glück wurde dieses Szenario auch ohne die ABM-Stellung in Grand Forks nie Wirklichkeit. Bekanntlich und zum Glück reiste US-Präsident Nixon 1971 zum Großen Vorsitzenden und knüpfte mit ihm politisch-diplomatische Bande, die es den USA fast zwei Jahrzehntlang erlaubten, ihre "China-Karte" gegenüber Moskau auszuspielen. Es kann deshalb gar nicht als erwiesen gelten, daß die Atommacht China die politischen Interessen der USA in Südostasien insgesamt eingeschränkt hat.

Zum ähnlichen Szenario in der gegenwärtigen Diskussion: Atomwaffen als Droh- und Erpressungsmittel beispielsweise in der Hand eines Saddam Hussein erhöhen, so die GPALS-Befürworter, für die amerikanische Führung in Zukunft die Barriere, in einen Konflikt einzugreifen. Es erscheint aber unangemessen, einem Automatismus politischer Selbstabschreckung das Wort zu reden, der zur weltpolitischen Abstinenz der USA führt (siehe den "Fall China"). Dennoch ist den GPALS-Befürwortern darin zuzustimmen, daß ein atomarer Gegner die Schwelle für die Interventionsbereitschaft erhöht und *unter Umständen* die USA eine Zeitlang zaudern läßt. Eine solche zögerliche Politik setzt für die nächste Zeit den unwahrscheinlichen "worst case" eines starken nuklearen Antagonisten voraus. Einmal angenommen, es gäbe ihn: Befreit GPALS in einem Konfliktfall aus dem Dilemma der politischen Handlungsunfähigkeit der USA? Die Befürworter dieses Konzepts bejahen dies. Ihr

11 So Keith B. Payne, in: U.S. Congress (Anm. 2), S. 291.

Gedankengang: Nur die Aufrüstung bei den ABM-Systemen bricht oder verringert deutlich die Motivation der Schwellenländer, sich nuklearfähige Trägersysteme zu beschaffen.

Die Schwäche dieser Argumentation besteht jedoch darin, daß sie von einem letztlich rationalen Gegenüber ausgeht, der das Spiel mit den atomaren Droh- und Erpressungswaffen geschickt beherrscht und sich in offenbar kühl durchkalkulierten Kosten-Nutzen-Rechnungen von seinen atomaren Plänen abhalten läßt. Wenn dies so ist, dann erhebt sich die Frage, warum ein solcher Antagonist nicht auch ohne GPALS durch die eskalierenden Mechanismen von Abschreckung und Gegenabschreckung zur Einsicht gelangen kann, daß die Risiken angesichts der überwältigenden militärischen Asymmetrie für ihn unannehmbar hoch sind. Aber das ist nicht der einzige Schwachpunkt der für GPALS plädierenden Argumentation. Denn dieses Programm griffe ja erst mittel- und langfristig. Ein tragfähiges Konzept, in der entscheidenden Zwischenzeit die Proliferation mit rüstungskontroll-, wirtschafts- und exportpolitischen Mitteln einzudämmen, stellt es daher nicht dar. Nicht nur, daß die Waffe GPALS stumpf ist gegenüber den vielfältigen Motivationen der Schwellenstaaten (siehe unten). Anders als eine gut durchdachte Exportpolitik bietet sie auch keine Handhabe, problematische Rüstungsprogramme in der Drittel Welt zumindest zu verzögern.

Die abschreckungspolitische Wirkung von GPALS gründet auf der Hoffnung, daß ein solches globales System funktioniert. Angebracht sind Zweifel jedoch nicht nur an der Wirksamkeit der derzeitig einsatzbereiten ATMBs und der Weltraumwaffen gegen Kurzstreckensysteme mit einer Reichweite unter 400 km. Denn wie in den Jahren zuvor ist die gesamte GPALS-Architektur auch gegenwärtig kein ausgereiftes Konzept, Änderungen werden fortwährend vorgenommen, technologische Optionen geprüft und offengehalten, Termine verschoben. Vor allem die Integration der Weltraumwaffen, die dem Abwehrschirm erst seine globale Reichweite gibt, beinhaltet gravierende konzeptionelle Folgeprobleme.(12)

3.7. Abrüstung und Rüstungsverzicht durch Raketenabwehr?

Drittweltstaaten verzichten wegen des undurchdringbaren ABM-Schutzes freiwillig auf den Erwerb von ballistischen Raketen - diese Variante eines Abrüstungsautomatismus ist in den obigen Ausführungen der GPALS-Befürworter bereits angeklungen. Aus der ersten großen Debatte um den Zusammenhang von Raketenabwehr und Proliferation ist dieses Argument wohlbekannt. Das Beispiel China veranschaulicht jedoch, daß die ABM-Stellung in Grand Forks nicht die Rüstungspolitik Beijings frustrierte. Daß das "Reich der Mitte" weiter rüstete, kann nur den nicht überraschen, der einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den amerikanischen und den chinesischen Aktivitäten herstellt, und der die komplexe Motivationslage Beijings ignoriert.

12 Siehe hierzu: U.S. General Accounting Office, Strategic Defense Initiative. Estimates of Brilliant Pebbles' Effectiveness Are Based on Many Unproven Assumptions, Washington, D.C., 1992; dass., Strategic Defense Initiative. Changing Design and Technological Uncertainties Create Significant Risk, Washington, D.C., 1992.

Auch die vielfältigen Interessen heutiger Drittweltstaaten, nuklear aufzurüsten und in den Besitz von Raketen zu gelangen, werden von GPALS nicht berührt. Diese technologische Antwort geht an den (sicherheits)politischen Dimensionen des Proliferationsproblems vorbei. Aufgrund der weiter wirkenden innergesellschaftlichen und regionalen Faktoren von Aufrüstung dürften bestimmte Staaten im Zweifelsfalle eher Waffen erwerben, gegen die GPALS nichts auszurichten vermag (z.B. Marschflugkörper). Die Raketenabwehr kann dann sogar zu einem Aufrüstungsprozeß führen, wenn Schwellenländer ABM-Systeme als Antwort auf ihre Rüstungsaktivitäten begreifen und sich aufgewertet fühlen. Diese Argumentationsfigur aus der ersten Debatte hat nichts von ihrer Plausibilität verloren. Sie schließt die Möglichkeit eines Aktions-Reaktions-Mechanismus ein, der jeglicher Abrüstung Hohn spricht.

Der Zusammenhang von Aufrüstung und (Non)proliferation stellt sich noch in anderer Hinsicht. 1995 steht die entscheidende Verlängerungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) an. Vor allem Drittweltstaaten haben immer wieder beklagt, daß die atomaren Unterzeichner des NVV ihrer in Art. VI festgelegten Verpflichtung, nämlich abzurüsten, nicht nachgekommen sind. Inzwischen haben die USA und Rußland zwar beschlossen, ihre strategischen Offensivwaffen in drastischem Ausmaß zu verringern. Die "nuklearen Habenichtse" könnten aber die beiden Staaten erneut beschuldigen, daß sie gegen Art. VI verstoßen, wenn die USA und die UdSSR bei der Raketenabwehr beträchtlich aufrüsten.

Ein weiterer, politisch-psychologischer Faktor kommt hinzu. Den ABM-Vertrag gravierend verändern und gleichzeitig den NVV unbegrenzt verlängern zu wollen, was die Bush-Administration beides anstrebt - das könnte auf der Konferenz 1995 problematisch werden und die Unterstützung für den NVV schmälern. GPALS kann außerdem - entgegen den Hoffnungen seiner Befürworter - die Proliferation begünstigen. Denn mit der Aufstellung von ATBMs auf dem Territorium von zahlreichen US-Verbündeten wächst die Gefahr, daß die Alliierten die anti-taktischen Waffen für den Bau eigener Raketen nutzen (technologisch sind sie eng verwandt). Eine solche Befürchtung ist begründet. So soll Südkorea in der Vergangenheit die von den USA gelieferte Boden-Luft-(Abfang)rakete Nike-Hercules zu einer offensiven Boden-Boden-Waffe umgewandelt haben. Denkbar ist, daß die großzügige Dislozierung von ATBMs in bestimmten Regionen (Naher Osten, Südostasien) zu einem Wettlauf zwischen taktischen "Defensiv"- und Offensivwaffen führt. Denkbar ist auch, daß derartige in politisch instabilen Regionen aufgestellte ATBMs von einem Nachfolgeregime übernommen wird, das den USA feindlich gesonnen ist. Die Vereinigten Staaten könnten sich deshalb zu (militärischen) Gegenmaßnahmen gezwungen sehen.

Zusammengefaßt: GPALS ist die falsche, unausgereifte technologische Antwort auf das vornehmlich (sicherheits)politische Proliferationsproblem. Es verkennt die Verbreitungsfrage im Kern, beruht auf fragwürdigen Annahmen, ändert nichts an den Motiven von Schwellenstaaten mit nuklearem Ehrgeiz, kommt zu spät, führt wahrscheinlich zu einer neuen Aufrüstungsdynamik zwischen Nord und Süd und verschlingt Ressourcen, die besser für export- und abrüstungspolitische Alternativen (und deren Verbesserung) ausgegeben werden sollten. Denn sie vermögen zeitlich schnell und konzeptionell direkt zu greifen.

Aber selbst wenn der rüstungsdynamische "worst case" nicht eintritt, wird GPALS in den USA, bei den Verbündeten und möglicherweise in Rußland Unsummen verschlingen. Die

Bush-Administration geht derzeit von \$ 46 Mrd. aus, aber das General Accounting Office, der Bundesrechnungshof mit "Aufpaßfunktion", hat ca. \$ 90 Mrd. bis zum Jahre 2005 errechnet.⁽¹³⁾ Das ist das rund 50- bzw. 110-fache der \$ 800 Mio., die der US-Kongreß für die Budgetjahre 1992/93 bereitgestellt hat, um Rußland/der GUS bei der Verschrottung der nuklearen und chemischen Sprengköpfe zu helfen, damit sie keine Proliferationsgefahr mehr darstellen.

13 Siehe hierzu: U.S. General Accounting Office, Strategic Defense Initiative. 15-Year Funding Requirements, Washington, D.C., 1992.

4. Die GPALS-Diskussion in den USA

4.1. Innergesellschaftliche Rahmenbedingungen

Auch wenn dieses "Defensiv"konzept vornehmlich - und politisch äußerst erfolgreich - mit der Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und ballistischen Raketen begründet wird: Die Renaissance der Raketenabwehr in den Vereinigten Staaten hat vielfältige Ursachen. Sie ist innergesellschaftlich und binnenwirtschaftlich/industriepolitisch begründet, sie hat eine unverkennbare allianzpolitische Dimension, und schließlich - und vor allem - ist, wie erwähnt, der Schwung bei der Raketenabwehr nicht ohne die weltpolitische Rolle der USA als einsame Supermacht zu verstehen. Bei GPALS geht es nicht in erster Linie um "defense", sondern um Dominanz, und zwar sowohl gegenüber den Verbündeten als auch gegenüber der GUS und dem Süden. Im Kern bezeichnet dieses Militärprogramm den Versuch, die Globalpolitik der USA in einer einschneidenden Epoche der internationalen Staatenwelt auf eine neue sicherheitspolitische Geschäftsgrundlage zu stellen, und zwar auf der Basis von "Defensiv"technologien, bei denen die USA (wie seinerzeit nach 1945 bei den nuklearen Offensivwaffen) unbestritten führend sind.

Was die innergesellschaftliche Szenerie anbelangt, so hat der Strukturwandel in der amerikanischen Rüstungsindustrie, bei den Waffenlaboratorien und Streitkräften nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verzögert und zögerlich begonnen. Obwohl die alte Bedrohung praktisch über Nacht weggefallen ist, verringert sich das Militärbudget in Höhe von \$ 253,8 Mrd. im Haushaltsjahr 1993 gegenüber den Vorjahren nur geringfügig, auch mittelfristig ist keine drastische Reduzierung zu erwarten. Der vom Kongreß für 1993 beschlossene GPALS-Etat in Höhe von \$ 3,8 Mrd. liegt nur um 250 Mio. unter den im Vorjahr von der Legislative bewilligten GPALS-Geldern; hierbei ist zu beachten, daß die Mittelzuweisung 1991 noch unter dem Eindruck des Golf-Krieges und der damals als erfolgreich eingeschätzten Patriot-Abfangrakete stand.(14)

Damit nimmt dieses Militärprogramm - wie seinerzeit unter Reagan - eine privilegierte Stellung ein. Es hat sich in der Größenordnung von \$ 4 Mrd. als fester Bestandteil amerikanischer Rüstungsplanung etabliert. Dies schließt ein, daß der Finanzsockel auch in Zukunft kontrovers diskutiert wird, und zwar sowohl innerhalb der Administration als auch zwischen Exekutive und Legislative. Im Wahljahr 1992 waren die Abgeordneten allerdings nicht bereit, bei der Raketenabwehr den Rotstift spürbar anzusetzen. Das Repräsentantenhaus verabschiedete einen Etat, der in der Geschichte von SDI/GPALS mit \$ 4,3 Mrd. erstmals über den vom Senat befürworteten Mitteln von \$ 3,8 Mrd. lag.

Dafür, daß dieser Rüstungssektor sich in letzter Zeit zunehmend etabliert hat, gibt es aber auch klare bürokratiepolitische Belege: Die einst schwache SDI-Organisation hat sich nicht nur gefestigt, sondern hat ihren Einfluß gegenüber den drei Teilstreitkräften ausbauen können. Seit 1988 hat die SDIO ihren Anteil bei den zu vergebenden Geldern für Raketenabwehrprojekte von 11 Prozent auf 38 Prozent gesteigert, was eindeutig zu Lasten der Mittelzuweisungen für Heer, Luftwaffe und Marine geht.

14 Siehe hierzu: Theodore A. Postol, Lessons of the Gulf War. Experience with Patriot, in: International Security, 16, 3 (Winter 1991/92), S. 119ff.

Außerdem hat sich das Netzwerk für Rüstungsaufträge gefestigt und verdichtet. Die Vergabe von SDI/GPALS-Geldern an nur wenige, große Konzerne fügt sich weitgehend in das Muster ein, das für den Militärbereich insgesamt gilt. Rüstungsriesen wie Lockheed, Boeing, TRW, Rockwell International, McDonnell Douglas, Martin Marietta, Hughes, Teledyne Brown, Raytheon und General Electric haben in dieser Reihenfolge bis Ende des Haushaltsjahres 1991 die meisten Gelder erhalten (Lockheed: \$ 1,505 Mrd.; General Electric: \$ 378,5 Mio.). Bis zu einem gewissen Grade unterfüttert diese konzentrierte Vergabe die diversen Anpassungsstrategien, mit denen die Rüstungsfirmen auf das Ende des Ost-West-Konflikts reagieren müssen. Wie inzestuös das Verhältnis zwischen der SDIO und der Industrie inzwischen geworden ist, hat jüngst Senator Pryor enthüllt. Weil die nur 14 SDIO-Bürokraten mit der Abwicklung von Aufträgen in der beachtlichen Höhe von \$ 700 Mio. (1991) überfordert seien, habe die SDIO in bedenklichem Ausmaß auf die Expertise aus der Rüstungsindustrie zurückgegriffen. Das ging im Falle der Firma Analytical Sciences Corp. soweit, daß sie das einzige Gutachten zur Verlängerung ihres Auftrages selbst schrieb.

4.2. Die Debatte im US-Kongreß

In der Legislative haben sich die unterschiedlichen SDI-Gruppierungen zu Beginn der neunziger Jahre im Kontext von GPALS kaum verändert. Neu ist jedoch der sich in den Vordergrund schiebende Nord-Süd-Kontext. Er überlagert zum Teil wegen der Proliferationsgefahr als neuer sicherheitspolitischer Dimension den Ost-West-Zusammenhang. Dieser bleibt wegen der unklaren Verhältnisse in den GUS-Staaten jedoch weiterhin wichtig. Zur Kategorisierung der folgenden *drei Hauptgruppierungen* müssen daher beide "Achsen" berücksichtigt werden.

1. Die im Militärbereich vornehmlich als liberal einzustufenden *Gegner und Skeptiker* möchten GPALS wie seinerzeit SDI vor allem aus rüstungskontroll- und haushaltspolitischen Gründen zu einem bloßen Forschungsprogramm geringen Ausmaßes stützen. Diese politische Gruppierung denkt noch stark in den stabilitätspolitischen Kategorien des Ost-West-Gegensatzes. Um eine kostspielige und riskante Rüstungsdynamik auch mit Rußland zu vermeiden, halten die Gegner und Skeptiker die wichtigsten Bestimmungen des ABM-Vertrages für unantastbar. Derzeit sind sie am ehesten bereit, dessen Grauzonen in bilateralen Verhandlungen zu präzisieren, etwa im Hinblick auf die ungenau gefaßte Grenze zwischen den vom ABM-Vertrag erlaubten ATBMs und den verbotenen strategischen Abfangflugkörpern.

Unter dem Eindruck des Golfkrieges hat die Abwehr taktischer Raketen selbst unter den GPALS-Gegnern und -Skeptikern breite Zustimmung gefunden. Die Argumentation der Liberalen ist auch im neuen Ost-West-Verhältnis überzeugend, weil sie auf die wechselseitige Verschränkung des START-Abkommens und des ABM-Vertrages verweisen. Gerade eine drastische Verminderung des strategischen Offensivpotentials im START-

Rahmen mache eine vertraglich eingeschränkte Rüstung bei den Raketenabwehrwaffen um so dringlicher.(15)

Die Liberalen schätzen die Bedrohung aus den Staaten der südlichen Hemisphäre weitgehend differenziert ein. Wie in den achtziger Jahren bezweifeln sie besonders die technische Wirksamkeit des Abwehrkonzepts. Die Liberalen sind der Ansicht, daß politische Probleme nicht mit technologischen Antworten à la GPALS zu lösen sind, sondern daß sie entsprechende politische Antworten erfordern. Deshalb legen die GPALS-Kritiker den Akzent auf die Kontrolle von Rüstung und Exporten. So sprechen sie sich zum einen für eine beträchtliche Verminderung des US-Rüstungspotentials und für ein umfassendes nukleares Teststopp-Abkommen aus. Sie sollen als Anreiz dienen, daß Schwellenstaaten vor allem auf die atomare Option verzichten. Zum anderen befürworten die Liberalen multinationale und unilaterale Ausfuhrbeschränkungen. Die Vielzahl der gerade von dieser Gruppierung eingebrachten Gesetzesinitiativen im Kongreß belegt diese politische Präferenz.

2. Die in sich nicht ganz einheitliche Fraktion der zum Teil gemäßigt konservativen *Befürworter* möchte den ABM-Vertrag in Verhandlungen mit Rußland so modifizieren, daß er an die Entwicklungen von GPALS geschmeidig angepaßt werden kann. Dieser zentrale Punkt trennt die Konservativen besonders klar von den Liberalen. Das Moment der Rüstung ist den meisten konservativen Parlamentariern wichtiger als das Moment der Kontrolle. Partiiell teilen sie die erheblichen stabilitätspolitischen Bedenken der Liberalen gegenüber den weltraumgestützten Elementen: daß sich Rußland zu einem neuen Rüstungswettlauf herausgefordert sehen könnte. Als Antwort auf die Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln befürwortet die konservative Gruppierung durchaus auch rüstungskontroll- und exportpolitische Maßnahmen. So ging die Initiative, der GUS bei der Verschrottung eines Teils ihrer Nuklearwaffen zu helfen, von gemäßigten Konservativen wie Senator Nunn aus. Ein Segment dieser politischen Fraktion hält im Zweifelsfalle technologische Lösungsversuche im Sinne von GPALS aber für wichtiger.
3. Die kleine, sich im Raketenabwehrsektor nach wie vor stark artikulierende, hier als äußerst konservativ einzuschätzende Gruppe der *unbedingten Befürworter* möchte alle Elemente von GPALS so früh wie möglich stationieren - unabhängig davon, ob die Technologien ausgereift oder vielversprechend sind. Technologiegläubigkeit geht bei dieser Gruppierung einher mit dem Versuch, die auf Offensivwaffen beruhende nukleare Abschreckung möglichst schnell durch ein "Defensiv"konzept unter amerikanischer Führung abzulösen. Der ABM-Vertrag, der diesem auch machtpolitisch motivierten Interesse entgegensteht, sollte über Nacht einseitig aufgekündigt und dahin geworfen werden, "wo er hingehört": auf den "Müllhaufen der Geschichte" (Senator Wallop).(16)

15 Siehe hierzu: 102/1 U.S. Congress, Senate, Committee on Foreign Relations, The SDI as it Relates to the ABM Treaty, Hearing, 24. April 1991, Washington, D.C., 1991.

16 Zitat in: Congressional Record, 6. Juni 1991, S. S7249.

Diese Gruppierung war die erste, die bereits Ende der achtziger Jahre die Raketenabwehr mit der weitgehend undifferenziert gesehenen Gefahr der Weiterverbreitung begründete, und zwar in dem Maße, in dem die sowjetische Gefahr als alleinige Legitimation für SDI unglaubwürdig wurde. Wo technologischen Lösungsstrategien ein derart hoher Stellenwert eingeräumt wird, können rüstungskontroll- und exportpolitische Maßnahmen zur Eindämmung der Proliferation nur von untergeordneter Bedeutung sein.

In der Amtszeit Bush hat sich das politische Zentrum stärker zu den gemäßigt Konservativen wie den Senatoren Nunn, Warner und Cohen verlagert. Weitaus schwerer wiegt jedoch, daß sich deren Positionen zugunsten von GPALS verschoben haben. Vor dem Hintergrund der politischen Vorgaben der Bush-Administration waren es die "Zentristen", die in Kompromißpapieren die Rahmenbedingungen der amerikanischen SDI/GPALS-Diskussion fundamental verändert haben, indem sie sich für eine *Stationierung* von ABM-Systemen aussprachen. Damit haben sie die entscheidende politische Hürde überwunden und neue Tatsachen geschaffen. SDI/GPALS hat auf diese Weise den Charakter eines unverbindlichen Forschungsprogramms verloren. Den gemäßigt Konservativen ist somit gelungen, was der äußerst konservativen Gruppierung der "Frühstationierer" seit 1983 versagt geblieben war.

Der unter den Gruppierungen im Kongreß ausgehandelte Kompromiß hat im Missile Defense Act of 1991 seinen gesetzlichen Ausdruck gefunden. Danach wird zunächst ein mit dem Raketenabwehr-Vertrag zu vereinbarendes ABM-System um Grand Forks im Bundesstaat North Dakota gebaut. Der Zeithorizont: 1996 oder wann immer es technologisch verfügbar ist. Gleichzeitig soll die Bush-Administration den ABM-Vertrag in Verhandlungen mit Rußland so abändern, daß die Stationierung von weiteren Abwehrsystemen möglich wird. Die Legislative hat den Präsidenten gleichfalls aufgefordert, ihr 1994 über den Gesprächsstand zu berichten. Das höchst kontroverse und mit dem Abkommen nicht zu vereinbarende Brilliant Pebbles-Programm konnte nicht gestoppt werden, der Kongreß finanziert es im Haushaltsjahr 1992 mit immerhin \$ 300 Mio. weiter. All dies läuft auf eine knappe Schonzeit für den ABM-Vertrag hinaus.

Während es gegen die Weltraumprogramme eine Mitte-Links-Koalition im Kongreß gibt, will eine Mitte-Rechts-Allianz den ABM-Vertrag aufweichen bzw. aufkündigen. 100 Abfangflugkörper können im Rahmen des Raketenabwehr-Abkommens landgestützt und nichtbeweglich zum Schutz eines einzigen Raketenfeldes (oder der jeweiligen Landeshauptstadt Washington bzw. Moskau) aufgestellt werden. Ein Hauptproblem in bezug auf die Verträglichkeit von GPALS und ABM-Vertrag liegt im Wortlaut des Missile Defense Act begründet. Er erlaubt erstens ein System, das nicht nur mit dem Raketenabwehr-Abkommen in Einklang steht und zweitens "kostenwirksam" ist, also ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist; die ABM-Technologie muß drittens "in operativer Hinsicht effizient" sein. Das erste Kriterium ist jedoch nicht mit dem dritten vereinbar, wenn man unter Effizienz versteht, daß ein derartiges System anfliegende Sprengköpfe, wo immer sie auch herkommen, erfolgreich abzuwehren vermag. Ein solches "Defensiv"konzept müßte letztlich auf das nicht mit dem ABM-Vertrag zu vereinbarende Ziel hinauslaufen, nämlich möglichst das gesamte US-Territorium zu schützen - und nicht etwa das kleine Gebiet mit der alten ABM-Stellung um Grand Forks, die bereits in den siebziger Jahren nicht für effektiv ge-

halten und deshalb schnell wieder abgerissen wurde. Die Legislative hat sich im Missile Defense Act of 1991 nicht auf mehrere Stellungen festgelegt, die dem Kriterium der Effizienz gerecht würden, aber sie hat den Weg hierzu auch nicht verschlossen.

Wenn man annimmt (was man gegenwärtig aus guten Gründen tun kann), daß die vorgesehenen Raketen zunächst eine Reichweite von 1.500 km haben werden, dann wirft die auf *eine einzige* Stellung beschränkte Stationierung zunächst insofern keine Schwierigkeiten auf, als auf diese Weise nur ein kleiner Teil des US-Territoriums abgedeckt wird. Ausgespart bleiben damit der Osten, der Westen und die Golfküste, wo insgesamt 80 Prozent der amerikanischen Bevölkerung leben. Allerdings dürfte selbst diese begrenzte Abwehroption bald mit der gegenwärtig offiziell gültigen, sogenannten engen Deutung des ABM-Vertrages in Konflikt geraten (auf diese Interpretation hatte der Kongreß bereits die Reagan-Administration verpflichtet, um das Raketenabwehr-Abkommen möglichst wenig durch neue SDI/GPALS-Technologien auszuhöhlen).

Im Rahmen dieser Deutung sieht der ABM-Vertrag einschränkend vor: Neue ABM-Komponenten, die wie z.B. die exotischen Laser- und Teilchenstrahlwaffen "auf anderen Prinzipien" beruhen und die vom Abkommen erlaubten ABM-Abfangflugkörper oder die Abschußvorrichtungen und Radaranlagen ersetzen können, sind verboten. Die entsprechenden Abänderungen für solche neuen Technologien müssen gemeinsam mit der UdSSR bzw. ihrem Rechtsnachfolger ausgehandelt werden. Inhaltlich würde eine Zustimmung Rußlands im übrigen auf eine Bestätigung der sogenannten weiten, weil weniger restriktiven, Interpretation des ABM-Vertrages hinauslaufen. Die politisch riskante und gegenwärtig im Kongreß nicht durchzusetzende Alternative wäre, das Abkommen einseitig aufzukündigen.

Die neue Deutung zu akzeptieren, hieße für eine Reihe von Mitgliedern der Legislative, ihre Haltung zu GPALS und zum ABM-Abkommen unter den neuen politischen Rahmenbedingungen neu zu definieren. Abschied von seiner bisherigen Rolle als Hüter des ABM-Vertrages nehmen müßte Senator Nunn nehmen, der eine autoritative politische Leitbildfunktion für andere Parlamentarier besitzt. Er profilierte sich gegen Ende der Ära Reagan, als er der Exekutive damit drohte, daß eine Mißachtung der engen Deutung eine "verfassungsrechtliche Konfrontation großen Ausmaßes heraufbeschwören" (17) würde.

Die Zeiten haben sich inzwischen offenbar auch für Senator Nunn, neben Senator Warner einer der Mitinitiatoren des neue Zeichen setzenden Missile Defense Act of 1991, geändert. Möglicherweise spielen die internationalen Bedrohungen nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes dabei gar nicht die Hauptrolle. Denn Nunn war zu aller Überraschung bereits Mitte Januar 1988 erstmals mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten, die USA sollten ein offensichtlich ABM-vertragskompatibles Accidental Launch Protection System (ALPS) entwickeln. Es sollte gegen irrtümlich abgefeuerte, einzelne Raketen schützen. Nunn hatte einen solchen Plan dann offenbar nicht weiterverfolgt. 1989 griff die Gruppierung der unbedingten Raketenabwehr-Befürworter 1989 nach dem ALPS-Vorschlag als letztem Strohalm, um für ihr Hauptziel Frühstationierung eine parlamentarische Mehrheit zu bekommen. Aber Nunn versagte sich. Er stimmte gegen einen entsprechenden Antrag,

17 Zitat in: Bernd W. Kubbig, Der gefährdete ABM-Vertrag, in: Kubbig (Anm. 1), S. 325.

weil ALPS seiner Meinung nach technisch unausgereift und militärisch ineffizient sei; außerdem habe die Bush-Administration das Konzept verworfen.

1991 kamen für Nunn neue innenpolitische Erwägungen hinzu, so zum einen die Tatsache, daß die Regierung Bush ihr Raketenabwehrkonzept durch GPALS in Richtung ALPS umorientierte. Dies erleichterte es Nunn, 1991 mit der Exekutive zu kooperieren, als es darum ging, einen neuen überparteilichen Konsens zu GPALS zu schmieden. Daß der Senator aus Georgia mit dem Missile Defense Act eine neue Ära in der Raketenabwehr- und ABM-Diskussion einleiten wollte, hat wohl primär mit seinem Interesse zu tun, seinen Ruf als "Falke" wiederherzustellen. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Senat wurde nach dem für die USA erfolgreich verlaufenen Golfkrieg scharf als "Taube" angegriffen. Er hatte durch seine Anhörungen ein Stück Gegenöffentlichkeit zum Regierungskurs geschaffen und vor allem für eine Verlängerung des Wirtschaftsembargos plädiert.

Die Debatten um die Raketenabwehr gingen im Kongreß 1992 unvermindert weiter. Der Vermittlungsausschuß hat vorerst die "GPALS-freundlichen" Bestimmungen des Missile Defense Act of 1991 aufgehoben. Anders als im letzten Jahr konnte sich damit die Mehrheit des Repräsentantenhaus durchsetzen und die Einhaltung des ABM-Vertrages festschreiben. Hierfür war wichtig, daß die russische Regierung auf offizieller Ebene vorerst keine Bereitschaft zeigte, das Abkommen abzuändern.

5. Neue, gemischte Signale aus Moskau

Die Diskussionen über "Defensiv"waffen und -konzepte sowie über das ABM-Abkommen sind zwischen Moskau und Washington in Bewegung geraten. Jahrelang waren die Positionen festgefahren, beide Seiten standen sich mit unversöhnlichen Forderungen gegenüber. Auf der politisch-praktischen Ebene hat die SDI-Organisation neuerdings Interesse bekundet, eine breite Palette der russischen Raketenabwehrtechnologien aufzukaufen. Auf russischer Seite regte Präsident Jelzin Ende Januar 1992 überraschend an, gemeinsam mit den USA ein globales Verteidigungssystem gegen Atomwaffen anstelle von SDI auszuarbeiten. In der US-Politik nimmt Rußland eine ambivalente Stellung ein. Einerseits begründet Washington GPALS mit der Notwendigkeit, irrtümlich oder unbefugt abgefeuerte Raketen aus vormals sowjetischem Gebiet abwehren zu können.(18) Andererseits ist Moskau völkerrechtlich und politisch Verhandlungspartner der Bush-Administration, wenn es darum geht, bisherige russische Bedenken zum ABM-Vertrag so aufzuweichen, daß die Raketenabwehr aus den Fesseln des Abkommens befreit und den GPALS-Gegnern in den USA der Boden entzogen wird.

Washington hat bisher kein ernsthaftes und konkretes Interesse gezeigt, ein "bilaterales Regime" (SDIO-Direktor Cooper) aufzubauen, um Massenvernichtungsmittel vor allem von Drittweltstaaten abzuwehren.(19) Das hat das Gipfeltreffen zwischen Jelzin und Bush im Juni 1992 erneut bestätigt. Eine Reihe von politischen und militärischen Gründen spricht dagegen, daß es auf absehbare Zeit zu einem bi- oder gar multilateralen "Defensiv"konzept kommt. Auf US-Seite ist die Neigung zu politischer Symmetrie und militärischer Parität gerade nach dem "gewonnenen" Ost-West-Konflikt zweifelhaft. Daß es vielen GPALS-Befürwortern in erster Linie um eine unilaterale Dominanz auch gegenüber Rußland/der GUS geht, dürften die bereits erwähnten Pläne der SDI-Organization zeigen, alle für die USA wichtigen Raketenabwehrtechnologien zu erwerben. 50 Sektoren soll die SDIO ausgemacht haben, bei denen der Gegner von einst führend sein soll. Direkter und gezielter als durch eine derartige technologische Einbahnstraße ließe sich die amerikanische Überlegenheit bei den "Defensiv"waffen nicht ausbauen.

Besonders attraktiv sind sowjetische ballistische Raketen. Von ihrer Auswertung verspricht sich das Pentagon neue Daten über die tödliche Wirkung ("lethality") der Waffen; Neutralteilchenstrahl-Technologien, mit denen die Russen möglicherweise bereits Tests im Welt-raum durchgeführt haben; und der Atomreaktor vom Typ Topaz 2, der Weltraumsysteme mit elektrischer Energie versorgen und den amerikanischen Reaktor SP-100 ersetzen soll; der SP-100 ist bisher von der SDIO, dem Energieministerium und der NASA finanziert

18 Auf diese Problematik soll hier nicht weiter eingegangen werden. Die GPALS-Gegner haben auch in dieser Frage überzeugend begründen können, daß GPALS nicht notwendig ist, und daß es politische und technisch vorteilhaftere Alternativen gibt. Siehe hierzu Bruce G. Blair, in: U.S. Congress (Anm. 2), S. 98ff.; Pike u.a. (Anm. 6), S. 56ff., sowie Jürgen Scheffran u.a., Metamorphosen einer Vision - Kritische Anmerkungen zu SDI/GPALS, in: Von SDI zu GPALS, S. Xff. (Dossier zu: Informationsdienst Wissenschaft & Frieden, 10, 2 (Juni 1992).

19 Zitat in: USPIT, Nr. 31, 11. März 1992, S. 31.

worden.(20) Die SDIO wirbt für den Ankauf der vielversprechenden GUS-Technologien mit dem Hinweis darauf, daß auf diese Weise bei GPALS fünf Jahre Forschungs- und Entwicklungsarbeit und mehr als \$ 4,5 Mrd. eingespart werden könnten. Als weitere aufkauf-fördernde Argumente haben die SDIO, aber auch Firmen wie Space Power Inc., finanzielle und technische Hilfe für die GUS genannt, letztere im Hinblick auf eine Rüstungskonversion.

Diese Aufkaufstrategie hat in der Rüstungswirtschaft (hier etwa bei Firmen wie General Atomics) und im politischen System Zustimmung gefunden. Sie ist aber auch auf wirtschaftlich und bürokratisch bedingte Widerstände in den USA gestoßen, wie die Auseinandersetzungen um die Atomreaktoren exemplarisch zeigen. Im Falle der langwierigen amerikanisch-sowjetischen/russischen Verhandlungen über Topaz 2 hat vor allem General Electric für den von ihm entwickelten SP-100 lobbyiert. Vergeblich, denn die SDIO kündigte im Dezember 1991 an, die Gelder für den amerikanischen Reaktortyp zu streichen. Die Begründung: Der SP-100 sei zu teuer, für die ihm zgedachten Aufgaben viel zu leistungsstark und zu spät einsatzbereit. Mit der SDIO-Entscheidung war der Kauf von Topaz 2 vorprogrammiert. Im Frühjahr 1992 war der Handel in Höhe von \$ 8 Mio. perfekt.

Gegenwärtig ist nicht zu erkennen, daß die amerikanische Seite ihrerseits zu einem entsprechenden Transfer in Richtung Rußland bereit ist. Die Ankündigung Ronald Reagans aus den späten achtziger Jahren, die USA sollten und würden ihr Wissen in einem gemeinsamen Raketenabwehrprojekt teilen, ist auch in der Ära Bush reine Rhetorik geblieben. Zuwiderlaufen würde ein solches "sharing" einem gegenwärtig wichtigen Ziel amerikanischer Rußland-/GUS-Politik: die Gefahr einzudämmen, daß Naturwissenschaftler ihr Wissen einem Regime mit nuklearen Ambitionen zur Verfügung stellen. Und selbst wenn die Administration bereit wäre, das dichte Netz von Exportbeschränkungen zu lockern - die Mehrheit des Kongresses wäre gewiß allein aus wirtschafts- und industriepolitischen Gründen gegen solche Maßnahmen.

Zu diesen politisch-praktischen Aspekten des unwahrscheinlichen Technologietransfers dürften beträchtliche militärische und konzeptionelle Probleme hinzukommen, wenn es darum geht, den ABM-Vertrag bilateral auf die geplante Entwicklung von GPALS zuzuschneiden oder gar ein gemeinsames "Defensiv"system zu entwickeln. So werfen allein die unterschiedlichen geographischen Dimensionen von USA und Rußland Probleme der Parität auf. Die gegenwärtig von der Bush-Administration angestrebte Stationierung von ca. 1.000 Abfangflugkörpern mit einer Reichweite von um die 1.500 km auf rund sechs Stellungen läßt sich kaum auf das Gebiet der Russischen Föderation übertragen, wenn beide Seiten gleiche Obergrenzen anstreben. Denn zum einen ist das zu schützende russische Territorium nahezu zweimal so groß wie die Vereinigten Staaten. Zum anderen kommt erschwerend hinzu, daß die Reichweite der russischen Abwehrraketen bei ca. 300 km liegt. Selbst wenn sie sich auf 500 km steigern ließe, erforderte der Schutz Rußlands wahrscheinlich zwischen 20 bis 30 ABM-Stellungen.

20 Siehe U.S. General Accounting Office, The SP-100 Nuclear Reactor Program. Should it be Continued?, Washington, D.C., 12. März 1992 (Erklärung von Mark E. Gebicke vor dem Subcommittee on Investigations and Oversight, Committee on Science, Space and Technology, House of Representatives).

Da die russische Sensortechnologie hinter der amerikanischen zurückliegt und die Abwehrsysteme nuklear und nicht wie die der USA konventionell bestückt sind, benötigt Moskau für jede Stellung möglicherweise zweimal so viele Abfangflugkörper pro ABM-Basis wie die USA. Das könnte für die Russische Föderation auf 10.000 ABM-Waffen, also auf das Zehnfache der von den Vereinigten Staaten geplanten Systeme, hinauslaufen. Es ist schwer ersichtlich, daß die einzige Supermacht USA mit ihrem unverkennbaren hegemonialen Ambitionen auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine solche zahlenmäßige Asymmetrie akzeptiert.

Die andere wesentliche Frage ist, wie Rußland sich in Zukunft zur Raketenabwehr und zum ABM-Vertrag verhält. Bereits in den letzten Jahren haben sich unter zivilen und militärischen Rüstungsexperten jene verstärkt zu Wort gemeldet, die das bisherige offizielle Moskauer Nein zu SDI/GPALS für unangemessen halten. Sie drängen auf eine flexiblere Position, vor allem wegen der Proliferationsgefahr. In diesem Rahmen ist beispielsweise der Vorschlag des Militärfachmanns Nikita Moisejew zu sehen. Er regte 1991 ein "planetarisches Defensivsystem" an, das auf der Basis von Brilliant Pebbles-Technologien aufgebaut und der UNO unterstellt werden sollte. (21) Jelzins Vorschlag vom Januar 1992 zeigt, daß es den Befürwortern einer offeneren Haltung auch gegenüber den Raketenabwehrplänen der Bush-Administration erstmals gelungen ist, sich bei der politischen Führung der Russischen Föderation Gehör zu verschaffen. Im folgende sollen die gegensätzlichen Reaktionen skizziert werden, die Jelzins Januar-Offerte in der russischen ABM-Debatte ausgelöst hat.

Als Kritiker des Jelzin-Angebots an die USA haben sich Georgij Arbatow und sein Sohn Aleksej profiliert (der erste ist langjähriger Direktor des Instituts für das Studium der USA und Kanadas, der zweite ist Leiter des Zentrums für Abrüstung und strategische Stabilität der Vereinigung für Außenpolitik). (22) Beide machen die traditionellen, primär rüstungskontroll- und stabilitätspolitischen Einwände gegen Jelzins Initiative geltend, an deren Zustandekommen sie im Vorfeld nicht beteiligt waren. Auch ihre wirtschaftlichen (zu hohe Kosten) und technologischen Argumente (nicht machbar bzw. nicht wirksam) haben sich, ähnlich wie bei den GPALS-Kritikern in den USA, seit dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht geändert.

Als neue Einwände kommen hinzu, daß es gegen die Proliferationsgefahr effizientere Mittel gebe und daß ein "Anschluß" Rußlands an die USA bei der Raketenabwehr das Ende einer selbständigen Rolle Moskaus in den amerikanisch-russischen Beziehungen wäre. Obwohl die Arbatows die Proliferationsgefahr von außen nicht in Abrede stellen, sehen sie die größte Herausforderung für die Sicherheit in der inneren Instabilität. Hinter Jelzins Vorschlag sieht Georgij Arbatow hauptsächlich innergesellschaftliche Interessen des militärisch-industriellen Komplexes. Der jetzige GPALS-Befürworter Velichov (siehe unten) wird Arbatow darin indirekt bestätigen, daß ein russisches Abwehrkonzept oder eine Zusammenarbeit mit dem Westen in diesem Bereich eine willkommene Möglichkeit ist, den Abwärts-

21 Zitat in: RFE/RL Research Report, 1, 7, 14. Februar 1992, S.64.

22 Siehe hierzu: Izvestija, 8. Februar 1992, sowie Alexei Arbatov (Hg.), Implications of Strategic Defense Deployments for US-Russian Relations, Washington, D.C., 1992 (Report des Henry L. Stimson Center). Interviews des Verfassers in Moskau in der Zeit vom 1. bis 11. Juni 1992.

trend für die Rüstungsindustrie in Rußland/der GUS wenn nicht aufzuhalten, so doch zu verlangsamen.

Neben dieser harten Kritik gab es auch Zustimmung zu Jelzins Vorschlag - so etwa von Andreij Kokoschin und Evgenij Velichov.⁽²³⁾ Das ist deshalb sehr aufschlußreich, weil beide in der Ära Reagan von westlichen SDI-Kritikern als Protagonisten des "sowjetischen Njet" zu den Plänen der US-Regierung hofiert wurden (sie fehlten damals praktisch auf keiner internationalen Konferenz zur Weltraumrüstung). Beide stehen dem Moskauer Machtapparat nahe bzw. sind mittlerweile ein Teil von ihm (Velichov ist Vizepräsident der Russischen Akademie der Wissenschaften, Kokoschin deren Korrespondierendes Mitglied, inzwischen ist er auch Erster Stellvertretender Verteidigungsminister in Moskau).

Aber nicht nur deshalb verdienen es ihre Positionen, ausführlicher dargestellt zu werden. Vielmehr spiegeln sich in ihrem Plädoyer für eine Raketenabwehr auch viele Facetten der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Lage Rußlands wider. Wie für die Gegner von einst ist es für Moskau notwendig, seine Rüstung und seinen Militärapparat an neue Rahmenbedingungen anzupassen und neu zu legitimieren. Aber anders als seine Gegner von einst hat das ökonomisch stark geschwächte Rußland den Ost-West-Konflikt rundum verloren. Moskau bleibt auf wirtschaftliche Hilfe angewiesen, und es muß Rüstung und Militär erstmals vor demokratisch gewählten Institutionen und der eigenen Bevölkerung legitimieren. Darüber hinaus ist es unabdingbar, daß Rußland eine eigene Sicherheits- und Militärpolitik entwickelt, und zwar nicht nur gegenüber dem Westen, sondern auch im Verhältnis zu den anderen GUS-Republiken. Vor diesem Hintergrund argumentieren Kokoschin und Velichov im Gegensatz zu den Arbatows praktisch nicht rüstungskontroll- und stabilitätspolitisch. Tragend sind in ihrem Plädoyer für eine gemeinsame Raketenabwehr vielmehr kooperations-, (vor)macht-, technologie- und industriepolitische Argumente.

Die beiden früheren SDI-Gegner begründen ihren Meinungswandel zur Raketenabwehr sicherheitspolitisch damit, daß Rußland nicht mehr von den Vereinigten Staaten bedroht werde, sondern sich zusammen mit Japan und den Europäern in einem System kollektiver Sicherheit gegen Aggressoren und Abenteurer in der vormals Dritten Welt schützen müsse. Kokoschin und Velichov legitimieren eine Kooperation mit dem Westen auf diesem Rüstungssektor jedoch nicht in erster Linie mit externen Bedrohungen, sondern mit internen Interessen. Ihr Plädoyer für gemeinsame Programme mit den USA, der EG und Japan scheint der Ausdruck einer umfassenden Strategie zu sein, die Rußland auf möglichst allen Gebieten wenn nicht in die industrialisierte Welt einbinden, so doch an sie anbinden möchte. Es ist auffällig, daß Kokoschin und Velichov Rußland als entwickeltes Land apostrophieren und scharf gegen unterentwickelte Länder abgrenzen. Die kooperative Raketenabwehr scheint beiden "GPALS-Befürwortern" auch deshalb besonders wichtig zu sein, weil sie die Militärplaner zwingt, ein umfassendes Konzept nationaler russischer Sicherheit auszuarbeiten. Das positive Signal an den in Umfang und Struktur gefährdeten militärisch-industriellen Komplex ist ebenfalls klar: SDI-Programme könnten dazu dienen, die Konver-

23 Siehe Moscow News, Nr. 12, 22.-29. März 1992, S. 12, sowie Interviews des Verfassers in Moskau.

sion (gemeint ist wohl eher Umrüstung) des militärisch-industriellen Komplexes "weniger schmerzhaft" zu gestalten.(24)

Nicht die vage formulierten Bedingungen der für dringend erachteten russisch-amerikanischen/westlichen Zusammenarbeit stehen bei Kokoschin und Velichov im Vordergrund. Vielmehr betonen sie die konkreten Inhalte der Kooperation und das, was Rußland einbringen kann. Genannt werden das weltweit einzige in Betrieb befindliche ABM-System um Moskau (Galosh), das sowjetische Pendant zur amerikanischen Patriot-Rakete (die anti-taktische Waffe vom Typ S-300) und das Trägersystem Energia zur Beförderung von Satelliten ins All. Aber gerade diese Technologien stehen nicht (oben) auf der "Einkaufsliste" der SDI-Organization. Selbstverständlich ist den beiden Russen bewußt, daß Moskau den USA in verschiedenen, aber nicht konkretisierten Bereichen Know-how anzubieten vermag. Es ist nur konsequent, daß in dieser kooperationspolitisch ausgerichteten Position Rüstungskontrolle bei der Raketenabwehr kleingeschrieben wird. Kokoschin scheint bereits mit der bisherigen sowjetischen/russischen Haltung, daß der ABM-Vertrag unantastbar ist, gebrochen zu haben. Denn er bezeichnet das Abkommen als "ABM-1" und macht damit deutlich, daß er in Verhandlungen mit den USA für ein verändertes "ABM-2" offen ist.

Einen wichtigen innergesellschaftlichen Faktor stellen die Militärs dar. Der ehemalige SDI-Gegner Velichov glaubt feststellen zu können: Unter den russischen Militärs wie auch unter den Waffendesignern sei niemand gegen die Jelzin-Initiative. (Die Kritiker dieser Pläne in Rußland und in den USA, also viele politische Bundesgenossen von einst, hält Velichov ohnehin für einflußlose "Reaktionäre".) Wie bei vielen sicherheits- und rüstungspolitischen Fragen dürften die Militärs in Wirklichkeit auch in der ABM-Thematik gespalten sein, und zwar sowohl in der GUS insgesamt als auch innerhalb der Russischen Föderation. Für ein (gemeinsames) Raketenabwehrsystem haben sich die mit der Luftverteidigung befaßten Soldaten und Bürokraten ausgesprochen. Denn sie wurde nach dem Putsch vom August 1991 als eigenständiger Bereich aufgelöst.

Den meisten konservativen Militärs, die gegenüber neuen Entwicklungen eher verschlossen sind, ist indes schwer zu vermitteln, warum sie plötzlich eine Raketenabwehr (noch dazu mit weltraumgestützten Waffen) befürworten sollen, die sie in Form von SDI jahrelang bekämpft haben. Auch eine antiwestliche Tendenz ist feststellbar ("Ausverkauf an die USA"). Ein - möglicherweise überwiegender - Teil der führenden Soldaten spricht sich daher für ein eigenständiges, von den USA unabhängiges Raketenabwehrsystem aus. Diese Gruppierung denkt nicht in russisch-atlantischen, sondern in eurasischen Bezügen. Sie betont die unterschiedliche Problemlage Rußlands, das sich in Zukunft nicht (wie die USA) gegen Raketen längerer, sondern mittlerer und kürzerer Reichweite schützen müsse. Vor allem bei den kleineren GUS-Republiken könnten sich gewachsene antiwestliche Tendenzen mit antirussischen Einstellungen verbinden. Auch Kokoschin ist dies bewußt, wenn er davon spricht, daß die Beteiligung der GUS-Staaten an einem System kollektiver "defensiver" Sicherheit das heikelste Problem der russischen Außenpolitik sei. Diese Republiken mit einzubeziehen, wirft in der Tat automatisch die Frage auf, wer über die Antiraketensysteme verfügen und wer sie kontrollieren soll. Die Probleme russischer

Dominanz und militärpolitischer Parität innerhalb der GUS werden sich hier dringlich stellen.

Setzt sich die Position Kokoschins und Velichovs durch, dürften sich die Regierungen der USA und Rußlands näherkommen. Damit würde sich die bisherige Allianz zwischen Moskaus und der Mehrheit des US-Kongresses grundlegend verändern. Diese Koalition war vor allem in der Reagan/Gorbatschow-Ära recht erfolgreich für den Erhalt des ABM-Abkommens und gegen eine freizügige Raketenabwehrpolitik der USA eingetreten. Eine Reihe von Problemen würde sich jedoch bei einer bilateralen Annäherung stellen. So ist es schwer denkbar, daß selbst das geschwächte Rußland einer gemeinsamen ABM-Abwehr zustimmt, die wegen einer krassen zahlenmäßigen Disparität eindeutig zu seinen Lasten ginge. Diese Option aber wäre angesichts des bereits erwähnten globalen Dominanz-Interesses der Bush-Administration aus gegenwärtiger Sicht nicht wahrscheinlich. Ferner stellt sich bei einem System kollektiver "defensiver" Sicherheit auch für das finanzschwache Rußland die Frage nach der Organisation der Kommandogewalt über den Abschluß von Abfangflugkörpern.

Der Gipfel zwischen Bush und Jelzin im Juni 1992 machte indes deutlich, wie weit voneinander entfernt beide Seiten in der ABM-Frage noch sind. Die GPALS-Befürworter hatten sich vorgenommen, die russische Führung dazu zu bewegen, ihren bisherigen Widerstand gegen beträchtliche Veränderungen des ABM-Vertrages aufzugeben. Nach dem Gipfel zeigten sie sich enttäuscht. Seit September 1991 soll die Administration versucht haben, der russischen Regierung dadurch Zugeständnisse abzurufen, daß sie ihr Echtzeit-Informationen im Bereich der Frühwarnung gegen herannahende Raketen anbot. Es erscheint zweifelhaft, daß die bilaterale (auf beiden Seiten hochkarätig zusammengesetzte) Arbeitsgruppe 1992 in dieser für die Regierung Bush so entscheidenden Frage wirklich erfolgreicher sein wird als die amerikanische Exekutive auf dem Gipfel.

6. Kalte Schulter und nationale Eigenständigkeit: Die Reaktionen der Europäer und der Israelis auf GPALS

Die amerikanischen Verbündeten sind in das US-Raketenabwehrsystem konzeptionell auf zweifache Weise eingebunden: Einerseits über den Anspruch von GPALS, auch die Alliierten in diesem Projekt globaler Reichweite durch die weltraumgestützten Systeme zu schützen (25), andererseits durch die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und des Golfkrieges neu betonte Komponente der regionalen Abwehr. Obwohl der Anspruch auf weltweiten Schutz auf absehbare Zeit nicht zu verwirklichen sein wird, war es dieser Aspekt, der Bush dazu bewog, Bonn, Paris und London zu einer Beteiligung an GPALS aufzufordern. Für die Europäer kommt noch hinzu, daß es das erklärte Ziel der Administration in Washington ist, die auf dem alten Kontinent stationierten US-Truppen durch das globale "Defensiv"konzept zu schützen. Diese konkreten Interessen sollten vor dem Hintergrund des wohl übergeordneten Ziels amerikanischer Raketenabwehrpolitik in der Allianz gesehen werden, nämlich hier die verlorene Vormachtposition nach dem Ende des Ost-West-Antagonismus neu zu begründen.

Die französische Regierung erteilte Washington bereits offiziell eine Absage. Hinter der traditionellen Begründung, Frankreich lehne eine "Militarisierung des Weltraums" ab, verbergen sich strategische und politische Interessen. Sie hatten Paris bereits in den achtziger Jahren dazu bewogen, der Einladung der Reagan-Administration zur Teilnahme an SDI nicht nachzukommen. Damals hatte die französische Regierung noch mit einer politisch-militärischen Doppelstrategie reagiert. Neben dem offiziellen Nein zur SDI-Beteiligung enthielt sie ein Ja für die Teilnahme französischer Firmen an den entsprechenden amerikanischen Projekten. Das Auftragsvolumen fiel gering aus (derzeit beläuft es sich auf \$ 17,370 Mio.).(26)

Gegenwärtig fürchtet Frankreich zum einen, daß GPALS im allgemeinen und ein europäisches Abwehrsystem im besonderen die Rolle des französischen Nuklearpotentials null und nichtig macht. Zum anderen möchte Paris seine politischen Spielräume nicht dadurch einengen lassen, daß es sich in ein sicherheitspolitisches Abhängigkeitsverhältnis zu Washington begibt, das im Rahmen eines Abwehrsystems den Ton angeben würde. Die französische Regierung könnte erheblich unter Druck geraten, wenn sich etwa in Krisensituationen unterschiedliche Interessenlagen ergäben. Die Einbindung Frankreichs in ein GPALS-Konzept läßt sich außerdem mit dem unübersehbaren französischen Bemühen um eine Europäisierung der bisher vorwiegend transatlantisch definierten Sicherheitspolitik nicht vereinbaren.

Die Bundesregierung in Bonn steht der Einladung Bushs ebenfalls ablehnend gegenüber. Vordergründig führt sie allerdings vor allem finanzielle Gründe ins Feld. Es scheint Kon-

25 Siehe hierzu: U.S.General Accounting Office, National Security. Perspectives on Worldwide Threats and Implications for U.S. Forces, Washington, D.C., 1992.

26 Zum Auftragsvolumen aus dem Raketenabwehrbereich an nichtamerikanische Firmen und Forschungsinstitutionen siehe: SDI Monitor, 24. April 1992, S. 100. Hier finden sich auch die entsprechenden, im Folgenden genannten Zahlenwerte für die an andere Länder gegangenen Aufträge.

sens zwischen Kanzleramt, Außenministerium und teilweise der Hardthöhe darin zu bestehen, daß sich eine kombinierte export-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Strategie am besten dazu eignet, das Problem der Proliferation in den Griff zu bekommen. Obwohl offizielle Bedrohungsanalysen der Bundesregierung noch ausstehen, reagiert Bonn, wie im übrigen auch Paris, auf die potentielle Bedrohung durch ballistische Raketen aus Ländern der südlichen Halbkugel im Gegensatz zu Washington gelassen. Die Strategie und die Reaktionen folgen aus der Definition der Bedrohungslage. Wie andere europäische Staaten (Italien und Spanien), aber im Unterschied zu den USA, sehen Deutschland und Frankreich die Probleme in der Dritten Welt und die sich daraus ergebenden Bedrohungen (Immigration) vornehmlich als (wirtschafts)politische Herausforderungen. Ferner betonen sie den regionalspezifischen Kontext und die jeweiligen Dynamiken, die zur Aufrüstung führen.(27)

Gegenwärtig erscheint es als kaum wahrscheinlich, daß es in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit eine Neuauflage der monatelangen Debatten geben wird, die denen um die SDI-Beteiligung Mitte der achtziger Jahre gleichkommt. Die damals grassierende Angst, Europa könnte bei einer Verweigerung technologisch in die Zweitklassigkeit absinken, ist in den neunziger Jahren bisher nicht wieder aufgelebt. Dies ist auf die doppelt negativen Erfahrungen aus der SDI-Beteiligung zurückzuführen. Zum einen verweigerten die USA den erhofften Zugang zu neuestem technologischen Wissen, zum anderen blieb der Wert der Aufträge für deutsche Firmen marginal (nach Israel und Großbritannien folgt die Bundesrepublik mit einem Volumen von derzeit \$ 88,550 Mio.).

Diese Situation wird sich deshalb nicht ändern, weil alle zentralen Projekte weiterhin nur für amerikanische Unternehmen ausgeschrieben werden. Diese Vergabepaxis zeigt, wie tief der wissenschaftlich-industriell-militärische Protektionismus im Pentagon und im Kongreß verwurzelt ist. Eine besondere Verfügung der US-Regierung trifft Messerschmidt-Bölkow-Blohm, das 1986 den weitaus größten SDI-Einzelauftrag erhalten hatte, der je an nicht-amerikanische Konzerne ergangen ist. Nachdem bekannt geworden war, daß MBB in illegale Exporte an den Irak verwickelt sein soll, wurde es von derartigen US-Aufträgen ausgeschlossen.

Im Vergleich mit Bonn und Paris scheint London der GPALS-Frage mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die auf das Verteidigungsministerium konzentrierte Debatte ist im Fluß, und sie hat kaum Konturen. Trotz seiner "special relationship" zu den Vereinigten Staaten plagt Großbritannien wie Frankreich die Furcht, ein wirksames Raketenabwehrsystem könne sein nukleares Potential ineffektiv machen. Eine direkte Bedrohung durch ballistische Raketen aus der Dritten Welt sieht man auch in London nicht. Interesse hat das Verteidigungsministerium aber an ATBM-Systemen zum Schutz seiner Besitzungen (Gibraltar und Falkland) und seiner Streitkräfte bei kriegerischen Aktionen artikuliert. Keine Bedeutung scheinen gegenwärtig technologiepolitische Erwägungen zu spielen. London hatte sich in der Vergangenheit besonders enttäuscht über das geringe Auftragsvolumen aus dem SDI/GPALS-Be-

27 Siehe hierzu: Matthias Dembinski, *The Threat of Nuclear Proliferation toward Europe*, Cambridge/Mass. 1992 (Typoskript); Martin Navias, *Is There an Emerging Third World Missile Threat to Europe?*, in: *RUSI Journal*, 35, 4 (Winter 1990), S. 12ff.

reich gezeigt (an britische Auftragnehmer sind derzeit insgesamt \$ 129,100 Mio. gegangen).(28)

Offen muß gegenwärtig bleiben, inwieweit eine eventuelle Aufstellung von anti-taktischen Systemen etwa vom Typ Patriot oder THAAD in Europa zu transatlantischen Kontroversen führt. Mit einem anderen Verbündeten, Israel, sind aus heutiger Sicht tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten eher unwahrscheinlich. Dieser nahöstliche US-Verbündete ist praktisch der einzige Staat, der an der Aufstellung eines - allerdings eigenen - ATBM-Systems ernsthaft interessiert ist. Mit Geldern der SDIO hat die Firma Israeli Aircraft Industries den Abfangflugkörper Arrow entwickelt, der jedoch erhebliche technische Probleme aufweist. Trotz der aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Entwicklung von Arrow gilt Tel Avivs Präferenz eindeutig diesem Programm - und nicht der Konkurrenzwaffe Patriot; dies mag die harsche israelische Kritik an deren technischer Unzuverlässigkeit während des Golfkrieges mit erklären. Nachdem die amerikanische Finanzierung im Juli 1991 ausgelaufen war, begann ein Nachfolgeprogramm, für das die US-Regierung Mittel in Höhe von etwa \$ 270 Mio. für die nächsten Jahre bereitstellen will. Allerdings mehren sich in der SDIO die Stimmen derjenigen, die die finanzielle Unterstützung für dieses Projekt abbrechen und den Verbündeten auf das amerikanische THAAD-Programm verpflichten wollen (Israel ist im übrigen bei einem gegenwärtigen Volumen von \$ 549,240 Mio. die unbestrittene "Nummer 1", was die SDI/GPALS-Aufträge an nichtamerikanische Firmen und Forschungsinstitutionen anbelangt).

28 Siehe hierzu: The Independent, 9. April, sowie 18. und 23. Juni 1992.

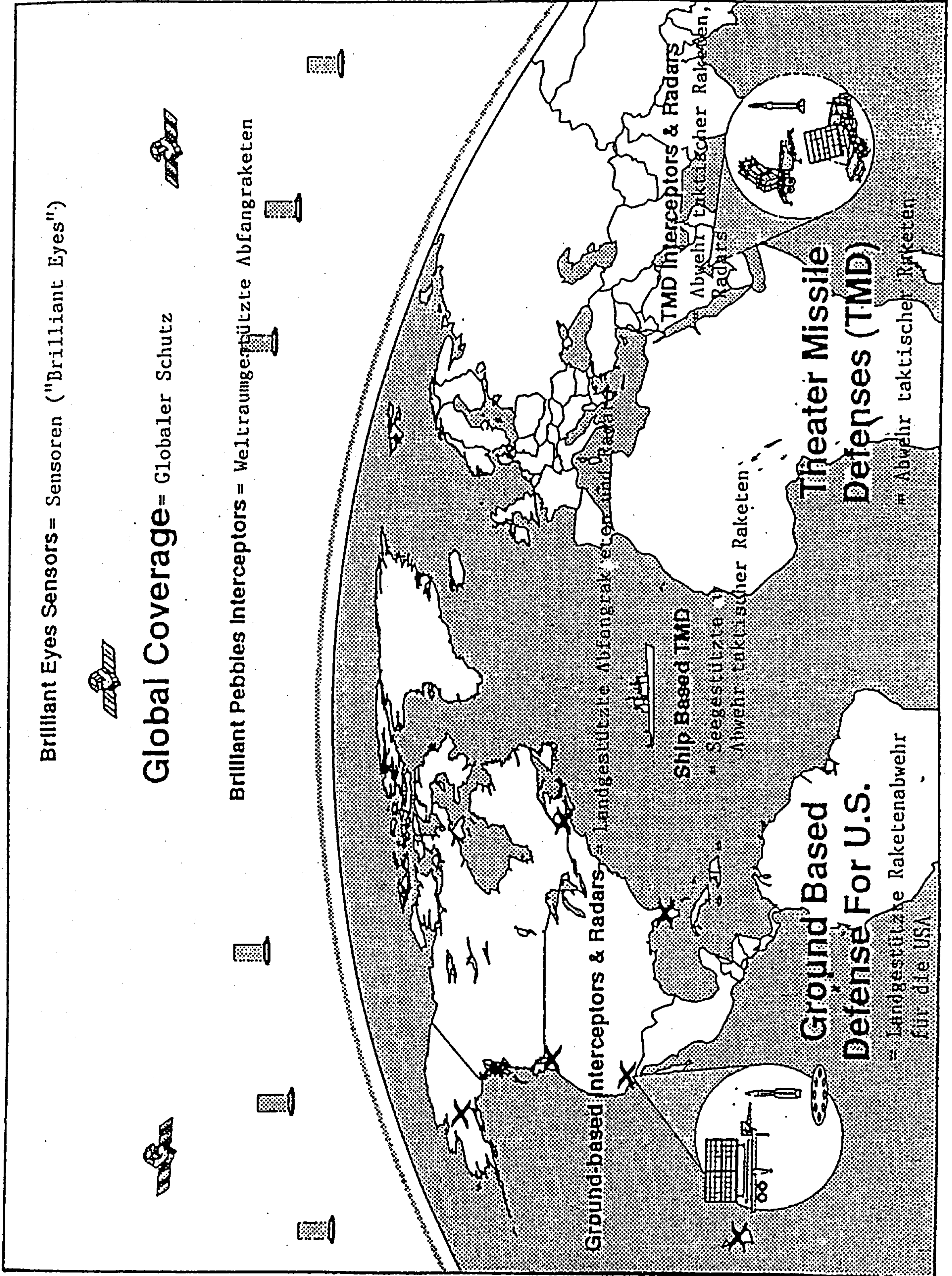
7. **Schlußfolgerungen**

Obwohl sich die Raketenabwehr in den USA etabliert hat, ist davon auszugehen, daß die konkrete Ausrichtung von GPALS im Kongreß umstritten bleibt. Im Falle eines Wahlsiegs von Clinton und Gore könnte dieser Militärssektor an Bedeutung verlieren (beide Demokraten haben sich bisher nur undeutlich zur Raketenabwehr geäußert; insgesamt stehen sie aber den GPALS-Plänen der Bush-Administrationen reserviert gegenüber). Niemand kann ausschließen, daß es mittel- und langfristig den auf eine Dislozierung von ABM-Systemen bedachten GPALS-Plänen der Bush-Administration so geht wie der ABM-Stellung um Grand Forks. Die Bedrohungslage ist zudem diffuser, die finanziellen Engpässe sind größer als in den siebziger Jahren. Der damaligen Aufstellung des ABM-Systems waren Jahre landesweiter, scharfer Kontroversen in der US-Bevölkerung vorangegangen. Auch in dieser Hinsicht könnte sich die Geschichte wiederholen, denn mit einem halben Dutzend ABM-Stellungen sind vielfältige lokale und regionale Probleme verbunden, insbesondere in ökologischer Hinsicht.

Deutschland und die anderen europäischen Staaten sind gut beraten, sich einer Beteiligung an GPALS zu versagen. Sie ersparen sich damit eine Neuauflage der vielfältigen negativen Erfahrungen, die sie in der Ära Reagan im Rahmen der Teilnahme an SDI gemacht haben. Wie erwähnt, ist und bleibt GPALS auf absehbare Zeit nicht nur ein unausgereiftes technologisches Projekt. Es ist auch die falsche Antwort auf das Proliferationsproblem. Die Teilnahme an diesem Programm ist kostenintensiv. Die hierfür notwendigen Gelder sollten für rüstungskontroll-, wirtschafts- und exportpolitische Maßnahmen sowie für Entwicklungshilfe ausgegeben werden. Eine Beteiligung an GPALS könnte zudem ein falsches Signal an Staaten mit nuklearen Ambitionen senden, also deren Absichten beflügeln. Dies gilt auch im Hinblick auf die entscheidende Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages im Jahre 1995. Eine Aufwertung von Nuklearpotentialen wäre ein Synonym für eine neue Rüstungsdynamik zwischen Offensiv- und "Defensiv"systemen. Deshalb bleibt der ABM-Vertrag unter den neuen internationalen Rahmenbedingungen weiterhin von zentraler Bedeutung. Er sollte verbessert und präzisiert werden.

Die Bundesrepublik und die anderen Länder Europas sollten den Proliferationsgefahren auch in Zukunft politisch und nicht technologisch begegnen. Gerade vor dem Hintergrund der bundesrepublikanischen Ausfuhrskandale ist es angezeigt, daß das "neue Deutschland" eine konsequente Exportkontrollpolitik betreibt. Koordiniert mit rüstungskontroll- und sicherheitspolitischen Maßnahmen sowie mit wirtschaftlichen Hilfsprogrammen verspricht ein solcher Ansatz am ehesten, zwei wichtigen Faktoren gerecht zu werden: dem Leitbild eines zivilen Europa und den vielfältigen politischen Motiven, die Drittweltländer dazu bringen, sich Arsenale an Massenvernichtungswaffen zu beschaffen oder sie selbst zu entwickeln.

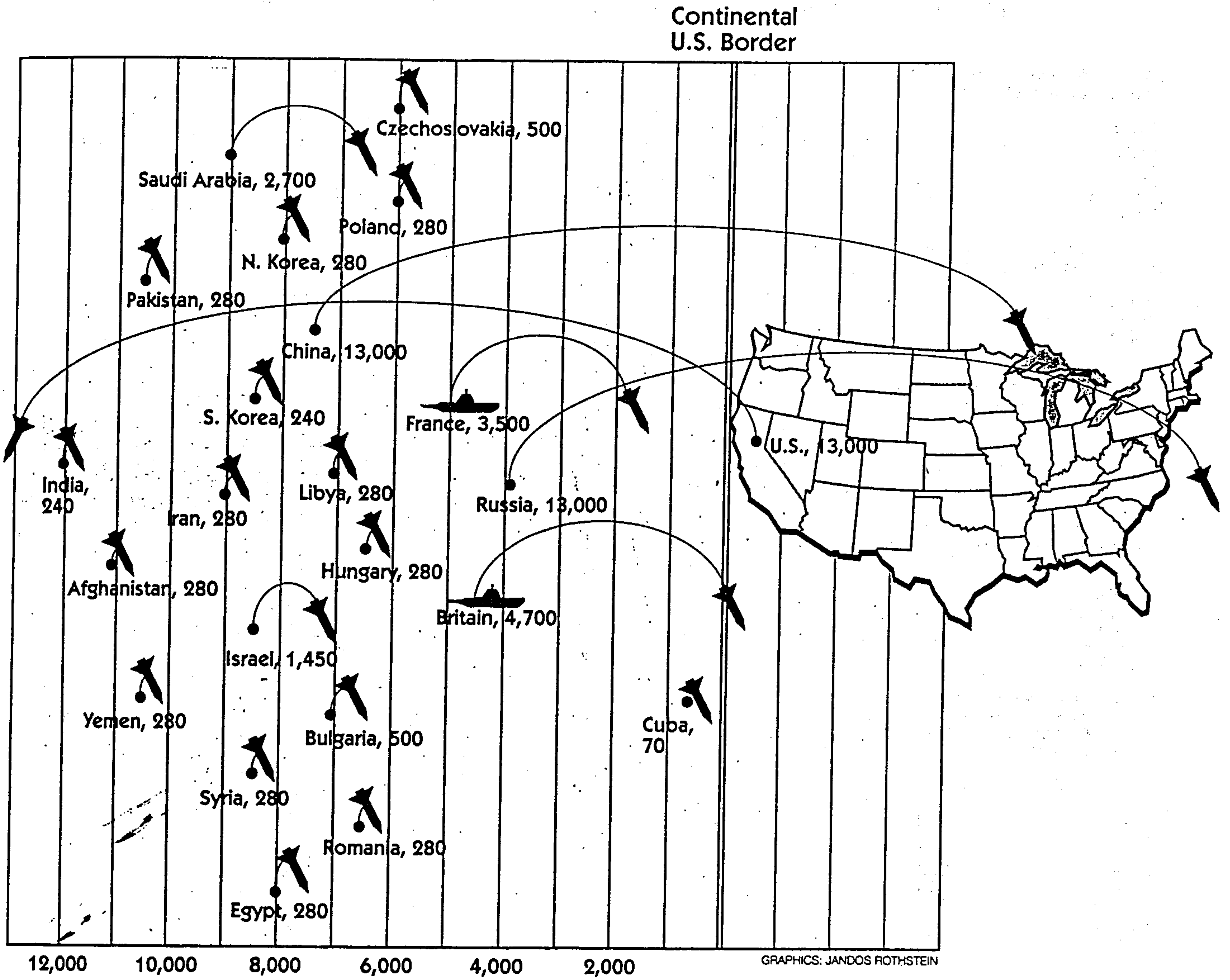
GPALS



Quelle: Strategic Defense Initiative Organization, Washington, D.C., 1992.

SCHAUBILD 2

Die Reichweiten (in km) von ballistischen Raketen und die weit entfernten USA



Quelle: Lora Lumpe u.a., Third World Missiles Fall Short, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 48,2 (März 1992), S. 31.

Tabelle 1:

Die Reichweiten von ballistischen Raketen

	Gegenwärtig gekauft/eigene Herstellung	In der Entwicklung	Entfernung zum amerikanischen Territorium
<i>Länder, die gegenwärtig ICBMs oder SLBMs aufgestellt haben:</i>			
China	13.000		7.500
USA	13.000		-
UdSSR	13.000		4.000
Großbritannien	4.700		4.500
Frankreich	3.500		5.000
<i>Länder mit fortgeschrittenen Raketen- oder Weltraumprogrammen:</i>			
Japan	10.000*		7.000
Israel	1.450	5.000*	8.500
Indien	240	2.400*	12.000
		13.000*	
<i>Länder, die selbsthergestellte Kurzstreckenraketen disloziert haben:</i>			
Nordkorea	280	600**	8.000
Ägypten	280	1.200**	8.000
Iran	280	160	9.000
Südkorea		240	8.500
<i>Länder mit Raketenforschungs- und -entwicklungsprogrammen:</i>			
Brasilien		4.000*	3.500
Südafrika		1.450**	13.000
Argentinien		1.200**	6.000
Taiwan		600	10.000
Pakistan	280	600	10.500
Indonesien		100	11.000
<i>Länder, die Raketen gekauft haben, aber selbst nur eine geringe oder keine eigene Forschungs- und Entwicklungskapazität haben:</i>			
Saudi-Arabien	2.700		9.000
Bulgarien	500		7.000
CSFR	500		6.000
Afghanistan	280		11.000
Ungarn	280		6.500
Libyen	280		7.000
Polen	280		6.000
Rumänien	280		6.500
Syrien	280		8.500
Jemen	280		10.500
Kuba	70		200
<i>Verbot des Besitzes und der Produktion von Raketen durch den UN-Sicherheitsrat:</i>			
Irak			9.000

* Weltraumrakete ("space launch vehicle") ** Projekt inzwischen eingestellt

Alle Reichweiten (in Kilometern) sind Maximalwerte und nehmen das Standardwurfgewicht des Raketensystems an: 1.000 Kilogramm für die meisten Kurzstreckenraketen und 2.000 Kilogramm für die von Saudi-Arabien gekaufte chinesische CSS-2 Waffe. Die Reichweiten der Weltraumraketen wurden auf der Basis von einem Wurfgewicht von 1.000 Kilogramm geschätzt. Mit der Ausnahme von Kuba sind nur Länder berücksichtigt, die Raketen mit einer Reichweite von mehr als 100 Kilometern haben. Frankreichs und Großbritanniens weitreichendste Raketen sind seegestützt. Großbritannien kauft seine SLBMs von den Vereinigten Staaten.

Quelle: Lora Lumpe u.a., Third World Missiles Fall Short, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 48, 2 (März 1992), S. 32.

